

## **Die Ergebnisse der Abgeordnetenhauswahl in Berlin am 18. September 2011 – Wahnachtbericht und erste Analyse\***

### **Inhaltsverzeichnis**

I.	Zusammenfassung des Wahlergebnisses und erste Bewertung.....	2
II.	Zwischenbilanz des Wahlzyklus 2010 bis 2012 .....	7
	a) Schwarz-gelbe Erosion.....	7
	b) Scheinriese SPD und rot-grüne Perspektiven – gestützt durch die Grünen .....	8
	c) Der Irrtum von den sich auflösenden politischen Lagern .....	9
	d) Die Piratenpartei – Ausdruck von stadtgesellschaftlichem Wandel und länger anhaltenden Wahlrends .....	9
	e) DIE LINKE im Stresstest .....	13
III.	Das Parteien- und Wahlsystem in Berlin.....	20
	f) Das Parteiensystem in Berlin bis zur Abgeordnetenhauswahl 2011 .....	20
	g) Zehn Jahre rot-rote Landesregierung in Berlin und DIE LINKE bis 2016 .....	23
	h) Perspektiven rot-grüner Landespolitik in Berlin.....	25
	i) Das Wahlsystem Berlins.....	26
IV.	Erkenntnisse der Vorwahl- und Wahltagsbefragungen .....	28
	a) Die Parteien im Spiegel der „Sonntagsfragen“ .....	28
	b) Die wichtigsten Probleme in Berlin / Wahlentscheidende Themen.....	29
	c) Parteienkompetenzen.....	30
	d) Das Image der Parteien.....	30
	e) Keine Wechselstimmung / Koalitionspräferenzen .....	31
	f) Kleiner Regierungswechsel unter Führung der SPD.....	31
V.	Auswirkungen auf den Bundesrat .....	34
VI.	Erste Analyse der Wahlergebnisse .....	36
	a) Die Wähler/-innenwanderung .....	36
	b) Wer wählte wen?.....	37
	c) DIE LINKE bei der AGH-Wahl 2011 .....	39
	Anhang.....	40
	Wahnachtberichte / Die Autoren / Vorbehalt .....	46

---

\* Hierbei handelt es sich um die überarbeitete und korrigierte Fassung vom 19.09.2011, 14:00 Uhr.

## I. Zusammenfassung des Wahlergebnisses und erste Bewertung

Tabelle: Vorläufiges Ergebnis der Abgeordnetenhauswahl in Berlin am 18.09.2011

Bundesland	Einheit	Wahlbet.	Zweitstimmenanteile 2011					
			SPD	CDU	Grüne	LINKE	FDP	Piraten
Berlin	%	60,2	28,3	23,4	17,6	11,7	1,8	8,9
	Sitze	152	48	39	30	20	-	15
Vorherige Abgeordnetenhauswahl								
Berlin	%	58,0	30,8	21,3	13,1	13,4	7,6	-
	Sitze	149	53	37	23	23	13	-
Veränderung gegenüber der vorherigen Landtagswahl								
Berlin	%	2,2	-2,5	2,1	4,5	-1,7	-5,8	8,9
	Sitze	3	-5	2	7	-3	-13	15

Vorläufiges Endergebnis

**Die Wahlbeteiligung** ist um 2,2% auf 60,2% angestiegen. Hierfür sind vor allem die Piraten verantwortlich. Im Abgeordnetenhaus sind nun knapp 92% der gültigen Stimmen vertreten. Bei der Vorwahl waren fast 14% der Stimmen auf Parteien entfallen, die den Einzug ins Parlament nicht schafften.

Das neugewählte Abgeordnetenhaus wird nach dem vorläufigen Ergebnis und aufgrund eines Anstiegs an Ausgleichsmandaten aus 152 Abgeordneten bestehen. Eine Koalition benötigt damit eine Mindestzahl von 77 Mandaten zur Mehrheitssicherung.

Bei den Erststimmen (Direktmandate) gab es erhebliche Veränderungen, CDU und Grüne errangen Direktmandate hinzu, SPD und LINKE verloren. Für die LINKE halbierte sich die Zahl der Direktmandate.

Tabelle: Abschneiden der Parteien in Berlin hinsichtlich Direkt- und Listenmandaten 1999

Partei	2011			2006			2001			1999		
	MG	DM	LM	MG	DM	LM	MG	DM	LM	MG	DM	LM
SPD	48	35	13	53	40	13	44	26	18	42	-	42
CDU	39	25	14	37	19	18	35	19	16	76	46	30
GRÜNE	30	11	19	23	5	18	14	1	13	18	2	16
DIE LINKE	20	7	13	23	14	9	33	32	1	33	30	3
PIRATEN	15	0	15									
FDP				13	-	13	15	-	15	-	-	-
Insgesamt	152	78	74	149	78	71	141	78	63	169	78	91

Eigene Zusammenstellung / MG = Mandate insgesamt; DM = Direktmandate; LM = Listenmandate

**Die rot-rote Landesregierung** erhielt von den Berlinerinnen und Berliner kein Mandat für eine dritte Legislaturperiode, so dass die Zusammenarbeit von SPD und DIE LINKE nach zehn Jahren beendet werden wird.

Anders als bei den Erdrutschwahlen wie z.B. in NRW 2010 oder bei der Bundestagswahl 2009 lief die Regierungskoalition aus SPD und LINKEN schleichend aus. Rot-Rot wurde von den Berlinerinnen und Berlinern nicht durch massive Stimmenverluste abgestraft, sondern es fand ein Präferenzwechsel statt.

Ursache für diesen Wechsel ist das fehlende Vertrauen der Wähler/-innen in die Fähigkeit von Rot-Rot, die neuen Probleme der Stadt zu lösen, da es weder der SPD noch der LINKEN jeweils für sich und demzufolge auch nicht als Koalition gelang, eine stadtpolitische Idee für die kommenden Jahre glaubhaft zu entwickeln und überzeugend vorzutragen.

Mit „Berlin verstehen“ (SPD) und als „das Soziale“ (LINKE) warben beide Parteien für die Fortsetzung des Bewährten und vernachlässigten dabei in den Augen der Wähler/-innen, was sich in der Stadt getan hatte und welche neuen Anforderungen daraus entstanden. Exemplarisch ist das erfolgreiche „Wasser-Begehren“ (Transparenz, Politikstil) oder die Mieten-Frage (soziale Ausgrenzung statt „eine Stadt“) zu nennen.

Last but not least verlor das amtierende Regierungsbündnis seine Mehrheit nicht durch die Zugewinne der Grünen, sondern vielmehr durch den Höhenflug der Piraten, die erstmals in einem Landesparlament vertreten sind.

Die SPD wird in einem **rot-grünen oder rot-schwarzen Regierungsbündnis** weiterhin den Regierenden Bürgermeister stellen. Der bisherige und wohl auch künftige Amtsinhaber Klaus Wowereit hat seinen Wahlkreis verloren und wird in der kommenden Wahlperiode dem Abgeordnetenhaus von Berlin nicht mehr als Parlamentarier angehören wird. Wahlrechtlich entstehen daraus keine Hürden, da der Regierende Bürgermeister weder vor noch nach der Wahl dem Parlament als Mitglied angehören muss.

Die Wählerinnen und Wähler bevorzugen ein Bündnis aus SPD und Grünen (vgl. IV.e.), das sich jedoch nur auf die denkbar knappe Mehrheit von einer Stimme stützen kann, während ein Bündnis aus SPD und CDU mit 87 Mandaten ein deutliches Polster zur Verfügung hat.

Das Bündnis aus CDU und FDP in Schleswig-Holstein zeigt, dass eine solche Landesregierung stabil regieren kann. Gleichzeitig werden neben inhaltlichen Aspekten in der Abwägung beider Parteien über die Chancen und Risiken eines solchen Bündnisses die Erfahrungen der laufenden Wahlperiode Eingang finden. Von der LINKEN wechselte ein Abgeordneter mit Mandat zur SPD, während eine SPD-Abgeordnete zu den Grünen übertrat, mit dem Ergebnis, das eine Grüne-Abgeordnete im Gegenzug die Reihen der SPD verstärkte, die wiederum einen Neuzugang aus der FDP begrüßen konnte, gleichzeitig aber einen Abgeordneten aus ihren Reihen ausschloss, der als fraktionsloser Abgeordneter das gleiche Schicksal teilte wie ein Abgeordneter, der aus der CDU-Fraktion ausgeschlossen wurde und zu denen sich ein weiterer Abgeordneter gesellte, der aus freien Stücken die CDU-Fraktion verließ.

Einem Bündnis aus SPD und CDU stehen die Erfahrungen der Großen Koalition der 90er Jahre gegenüber – die Widerstände innerhalb der Berliner SPD gegen ein solches Bündnis sind beträchtlich. Angesichts der Tatsache, dass vier von fünf Fraktionen aus dem Mitte-Links-Spektrum kommen, dürfte die stadtpolitische Akzeptanz einer neuen Großen Koalition gering sein.

Denkbar wäre theoretisch auch **ein Bündnis aus den Parteien SPD, Grüne und LINKEN**. Die drei Parteien würden mit 98 Stimmen eine deutliche Parlamentsmehrheit vereinigen. Ein Drei-Parteien-Bündnis, bei dem eine Partei nicht zwangsläufig zur Mehrheitssicherung gebraucht wird, gilt gemeinhin als unnötig und deshalb verzichtbar. Die Geschichte des Berliner Parteiensystems (vgl. III.a) zeigt, dass bis weit in die 1960er Jahre die SPD – trotz der Fähigkeit zu Alleinregierungen – mit CDU und FDP Bündnisse einging und das Parteiensystem damit auf Kooperation statt auf Konkurrenz ausrichtete.

**Die Piraten** sind der Wahlsieger des Abends. Erstmals ziehen sie in ein Landesparlament ein, und dies nicht zu knapp. Ihren Erfolg errangen sie im „linken Lager“, bei den kleineren Parteien und bei den Nichtwählern.

Der Erfolg hat zwei Gesichter: einerseits das Gesicht von Themen (Datenschutz, Urheberrecht u.a., Transparenz in der Verwaltung und Politik, Politikstil) und andererseits das Gesicht von Protest gegen die anderen Parteien, von etwas Neuem und Überraschenden und der sich ausbreitenden Lebens- und Wahrnehmungswelt der „digital natives“.

Die Piraten werden künftig mit 15 Abgeordneten (14 männlich, eine weiblich) im Abgeordnetenhaus von Berlin sowie mit 56 Bezirksverordneten in allen 12 Bezirksverordnetenversammlungen vertreten sein. Dabei ist zu beachten, dass 14 von den 15 künftigen Mitgliedern des Abgeordnetenhauses auch ein Mandat für Bezirksverordnetenversammlungen erworben haben. Da zwischen der Mitgliedschaft im Abgeordnetenhaus und der Mitgliedschaft in einer BVV eine Inkompatibilität besteht, die Landesliste der Piraten jedoch über keine Nachrücker verfügt, dürfte es – sofern in den Bezirken gleichfalls keine Nachrücker/-innen gewählt wurden – dazu kommen, dass in einzelnen BVVen theoretisch besetzbare Plätze frei bleiben. Im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg könnte dies dazu führen, dass die Piraten bei acht theoretisch zu besetzenden BVV-Mandaten, drei inkompatiblen Parallel-Mandaten im Abgeordnetenhaus im Falle fehlender Nachrücker/-innen nicht nur die Zahl der Mandate auf fünf absinkt, sondern der den Piraten zustehende Posten eines Bezirksstadtrates (Dezernenten) auf die LINKE übergehen würde, die auf diesem Wege den Verlust ihres bisherigen Stadtratsposten zu kompensieren in der Lage wäre (s.u.).

**Die SPD** sind von 30,8% auf 28,3%. Sie bleibt mit einem Vorsprung von nur noch fünf statt fast zehn Punkten stärkste Partei im Land, verliert jedoch im Saldo – entgegen dem eher Üblichen - leicht an den kleineren Regierungspartner, vor allem aber an CDU, Grüne und Piraten. Das wichtigste Ergebnis für die SPD stand schon vor dem Wahltag fest. Sie würde stärkste Partei bleiben und nicht von den Grünen verdrängt werden.

**DIE LINKE** hat gegenüber der Vorwahl gut 14.000 Stimmen verloren und erreichte statt 13,4% nur noch 11,7%. Die größten Verluste erlitt sie im Ostteil der Stadt (-17.000 Stimmen, -5,5%). Mit 22,6% der Stimmen erzielte sie ihr schlechtestes Ergebnis überhaupt in Ostberlin.

Verloren hat DIE LINKE nicht zu Gunsten des Regierungspartners – im Gegenteil. Sie konnte Stimmen von der SPD und den Nichtwähler/-innen gewinnen. Verloren hat sie an Grüne und CDU in geringem Maße, vor allem aber an die Piraten – vor allem im Ostteil der Stadt.

Vermutlich auch damit im Zusammenhang stehen die unterdurchschnittlichen Ergebnisse bei den unter 45jährigen Wähler/-innen und den Erstwähler/-innen. Insbesondere dies zeigt, dass die Partei die Bindung an eine jüngere Wählerschicht verloren zu haben scheint. Deren Anliegen spiegelten sich weder in der Wahlkampagne der Landespartei noch in den von der Bundespartei in die Medien transportierten Themen wider.

Gelang es der PDS bei den Wahlen 1995 bis 2001 in Ostberlin faktisch alle Wahlkreise zu gewinnen, verlor DIE LINKE bei dieser Wahl ihre Ostberliner Wahlkreishochburgen und schafft es in nur sieben Wahlkreisen direkt zu gewinnen. Der Spitzenkandidat und bisherige Wirtschaftssenator Harald Wolf und die Sozialsenatorin Carola Bluhm können ihre Wahlkreise verteidigen. Die Gesundheits- und Umweltsenatorin Katrin Lompscher schafft es hingegen nicht den Wahlkreis zu gewinnen und ist zum Einzug in das Abgeordnetenhaus auf ihren Listenplatz angewiesen. Die weiteren direkt gewählten Abgeordneten der LINKEN sind die bisherigen Abgeordneten Wolfgang Brauer, Wolfgang Albers und Gabriele Hiller sowie die Parlamentsneulinge Regina Kittler und Manuela Schmidt.

Bei den Zweitstimmen wurde die Partei in keinem Bezirk mehr stärkste Partei. Im gesamten Ostteil der Stadt setzte sich die SPD auf Platz 1 – mit Ausnahme von Friedrichshain-Kreuzberg, wo die Grünen diesen Platz eroberten.

In den westlichen Bezirken verbesserte sich DIE LINKE leicht von 4,2% auf 4,3% (plus 2.500 Stimmen) - vor allem durch die Zugewinne in Neukölln (5,6%). In den anderen Westbezirken blieb die Partei z.T. deutlich unter der 5%-Grenze.

Bei der Bezirksverordnetenwahl wurde DIE LINKE in Marzahn-Hellersdorf und Lichtenberg wieder stärkste Partei, aber mit deutlich geringerem Vorsprung. Insgesamt wird DIE LINKE in 11 der 12 Bezirksverordnetenversammlungen mit insgesamt 89 Verordneten vertreten sein. Davon entfallen allein 65 Mandate auf die Bezirke Pankow (11), Lichtenberg (20), Marzahn-Hellersdorf (19) sowie Treptow-Köpenick (15). Im Bezirk Mitte und möglicherweise in Friedrichshain-Kreuzberg wird DIE LINKE künftig keinen Dezentenen (Bezirksstadtrat) mehr stellen können. Insgesamt kann sie nur noch Anspruch auf sieben, höchstens acht Bezirksstadträt/-innen erheben.

**Die Grünen** verfehlen ihre Wahlziele deutlich. Renate Künast kann sich gegen Klaus Wowereit nicht durchsetzen, die Partei bleibt weit davon entfernt, stärkste Partei zu werden. Sie landet deutlich hinter der CDU. Gleichzeitig können die Grünen fast fünf Prozentpunkte hinzugewinnen. Die Kurskorrektur von Renate Künast – Absage an die CDU – hielt den Rückgang in den Umfragen nicht mehr auf.

Von allen Parteien hatten die Grünen den größten Abfluss zu den Piraten. Renate Künast und die Berliner Grünen standen für Vieles, nicht aber für die Themen der Piraten wie Netzsperrern, Bürgerrechte, Datenschutz. Sie sind ebenfalls kein „Gegenmodell zu den pseudo-professionellen Parteien“ (L. Maroldt), von denen man sich als die „andere“ Partei die Politik zurückholen will.

Die Grünen setzen mittlerweile auf die Professionalität von Personen, das Gegenmodell der Piraten setzt auf die „Schwarm-Intelligenz“ der politischen Amateure und Dilettanten (der virtuellen politischen Heimwerker), also auf Einstellungen und Sichtweisen, die sich lange Zeit auch mit den Grünen verbanden.

**Die CDU** behauptet sich mit Frank Henkel als Spitzenkandidat. Ihm ist es gelungen, die CDU wieder in das politische Geschäft des Landes zurückzuführen, die Berliner Union gilt wieder als koalitionsfähig. Sie gewinnt, auch Dank Henkel, im Ostteil der Stadt hinzu (von 11,4% auf 14,2%).

**Die FDP** hat erneut eine katastrophale Niederlage erlitten. Ein weiteres Landesparlament wird ohne sie auskommen, wie in Berlin bereits zweimal in den neunziger Jahren. Die erneute Wahlschlappe der FDP wird vermutlich große bundespolitische Auswirkungen auf die Stabilität und Ausrichtung der Bundesregierung haben. Beide Regierungsparteien kommen in Berlin auf gerade ein Viertel der Wählerstimmen.

Parteichef Rösler hat in der Euro-Krise zehn Tage vor der Berliner Wahl eine Debatte mit erkennbar national-populistischem Hintergrund angefangen. Für den Ausgang der Berliner Wahl konnte sie kaum Wirkung entfalten, aber auf mittlere Sicht könnte hier ein Feld gefunden sein, auf dem sich die FDP mit Blick auf die nächste Bundestagswahl neu erfinden könnte, zumal sie am Wochenende Zuspruch von einigen angesehenen Ökonomen erhielt. Damit wären weitere Auseinandersetzungen in der Bundesregierung vorprogrammiert, zumal in den kommenden Tagen und Wochen ohnehin die Frage, wie eigentlich ein 2-3 Prozentpartei das Land gut mitregieren kann, an medialem Gewicht gewinnen wird.

Die **rechten Parteien** blieben auch in der Summe unter fünf Prozent. Allerdings erreicht die NPD immerhin wieder 2,1% (zuvor 2,6%), Pro Deutschland 1,2% und Die Freiheit von R. Stadtkewitz 1,0%.

Auf Ebene der Bezirksverordnetenversammlungen gelingt es der **NPD** trotz gesunkener Zustimmung mit jeweils 2 Bezirksverordneten in Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf und Trepow-Köpenick vertreten zu sein.

## II. Zwischenbilanz des Wahlzyklus 2010 bis 2012

Mit der Wahl zum Abgeordnetenhaus schließt das Superwahljahr 2011 und neigt sich auch der Wahlzyklus 2010 bis 2012 seinem Ende zu. Im Mai des kommenden Jahres wird in Schleswig-Holstein ein neuer Landtag bestimmt und nach der Entscheidung des Landesparteitages der LINKEN in Nordrhein-Westfalen, die Kooperation mit der rot-grünen Minderheitsregierung nur noch unter der Bedingung fortzuführen, dass diese sich den „roten Haltelinien“ beugt, könnte es sein, dass der Wahlzyklus nicht zwischen Nord- und Ostsee endet, sondern dort wo er seinen Anfang nahm – in der „Kleinen Bundesrepublik“ Nordrhein-Westfalen.

Nach heutigem Stand ist zwischen Rhein und Ruhr mit einer deutlichen rot-grünen Mehrheit, bei möglichem Parlamentsverlust der LINKEN zu rechnen und wenn die Faustregel gilt, dass Wahlen in Nordrhein-Westfalen häufig als Vorboten einer bundespolitischen Entwicklung zu sehen sind, dann würden bundespolitisch die Karten im September 2013 rot-grün gemischt sein. Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière dürfte demnach mit seiner Prognose in der Leipziger Volkszeitung richtig liegen, wenn er formuliert *„Es spricht viel dafür, dass, wer nach Angela Merkel in vielen Jahren Kanzler wird, nicht von der Union kommt“*.<sup>1</sup> Nur der Zeitpunkt dessen ist absehbar und umfasst maximal 24 Monate.

Im Rahmen der Wahlanalyse für Mecklenburg-Vorpommern gingen wir bereits auf bundespolitische Trends ein. Diese Darstellung wird nachfolgend fortgeschrieben und um eine ausführlichere Betrachtung der LINKEN erweitert.

### a) Schwarz-gelbe Erosion

Das Wahljahr 2011 endet mit herben Verlusten für die Parteien der Bundesregierung. Der kleinere Koalitionspartner erscheint nahezu pulverisiert. Die CDU hat den Ministerpräsident in einem ihrer Stammländer verloren und bei jeder Wahl zumindest Stimmen, zuweilen auch Ämter (Hamburg) eingebüßt.

Die schwarz-gelbe Bundeskoalition erodiert landespolitisch. Zwar drückt sich dies nicht immer in Bundesratsstimmen aus und wird deshalb auch nicht jedes Mal unmittelbar bundespolitisch wirksam, doch sind die Ergebnisse gleichwohl bemerkenswert, wie nachstehende Tabelle zeigt.

**Tabelle: Ergebnisse von CDU und FDP bei den Wahlen 2011 im Vergleich zu 2006 bzw. 2008 (in %)**

	HH		ST		RP		BW		HB		MV		BE	
	'11	'08	'11	'06	'11	'06	'11	'06	'11	'06	'11	'06	'11	'06
CDU	21,9	-20,7	32,5	-3,7	35,2	2,4	39,0	-5,2	20,4	-5,2	23,2	-5,6	23,4	2,0
FDP	6,7	1,9	3,8	-2,9	4,2	-3,8	5,3	-5,4	2,4	-3,6	2,8	-6,8	1,8	-5,7

Quelle: [www.wahlrecht.de](http://www.wahlrecht.de) / Eigene Zusammenstellung

Die Liberalen haben bei den sieben Landtagswahlen dieses Jahres ein Landesparlament hinzugewonnen (HH), eins knapp verteidigt (BW) und mussten ihre parlamentarische Repräsentanz in fünf Ländern aufgeben.

Zu Beginn des Jahres stellte die Union in Hamburg und Baden-Württemberg noch die Ministerpräsidenten, zwischenzeitlich regiert an der Wasserkante die SPD mit absoluter Mehrheit und im Südwesten löste der erste grüne Ministerpräsident den CDU-Amtsinhaber ab. Damit

<sup>1</sup> Leipziger Volkszeitung vom 11. September 2011: <http://bit.ly/nKzkyZ>.



gingen mehr als 50 Jahre ununterbrochene Regentschaft der CDU zu Ende. In Bremen wiederum verlor die CDU den zweiten Platz im Parteiensystem und rutschte erstmals hinter die Grünen auf Platz drei.

### b) Scheinriese SPD und rot-grüne Perspektiven – gestützt durch die Grünen

Im Vergleich dazu zeigt sich die SPD von der Wahlschlappe 2009 erholt. In den Umfragen hat sie sich stabilisiert und schleicht der 30-Prozentmarke entgegen. Eine strahlende Wiedergeburt sieht freilich anders aus, aber am vorläufigen Ende des Wahlzyklus und zur Hälfte der Bundestags-Legislaturperiode steht sie mit mehr Prozenten und mehr Ämtern als zuvor da.

Dennoch soll nicht vergessen werden, dass wir bereits bei der Analyse der Landtagswahl in NRW 2010, also dem Beginn des laufenden Wahlzyklus, formulierten: „Die SPD geht bei dieser Wahl als gefühlte Siegerin, tatsächlich jedoch als Scheinriese durchs Ziel.“<sup>2</sup>

Bis auf die Tatsache, dass die SPD in Hamburg die absolute Mehrheit gewinnen und aufgrund der Stärke der Grünen in Baden-Württemberg bei Stimmenverlusten als Juniorpartner mitregieren kann, ist das Wahljahr 2011 für die Sozialdemokratie bei Weitem keine Erfolgsgeschichte. In Rheinland-Pfalz verliert sie knapp zehn Prozent und die absolute Mehrheit, in Sachsen-Anhalt und Bremen stagniert sie, während die Grünen deutlich zulegen. Allein im Nordosten gelingt neben Hamburg ein spürbarer Zugewinn.

**Tabelle: Ergebnisse von SPD und Grünen bei den Wahlen 2011 im Vergleich zu 2006 bzw. 2008 (in %)**

	HH		ST		RP		BW		HB		MV		BE	
	`11	`08	`11	`06	`11	`06	`11	`06	`11	`06	`11	`06	`11	`06
SPD	48,4	14,3	21,5	0,1	35,7	-9,9	23,1	-2,1	38,6	1,9	35,6	5,3	28,3	-2,5
Grüne	11,2	1,6	7,1	3,6	15,4	10,8	24,2	12,5	22,5	6,0	8,7	5,3	17,6	4,5

Quelle: [www.wahlrecht.de](http://www.wahlrecht.de) / Eigene Zusammenstellung

Die FAZ kommt in der Betrachtung der SPD nach der Landtagswahl im Nordosten zu einer gleichen Bewertung, wenn sie formuliert: „Aus der Ferne sieht mal der eine, mal der andere (gemeint sind Steinbrück, Steinmeier, Gabriel – d.A.), derzeit vor allem Peer Steinbrück, mit Hilfe der Medien so aus wie ein furchteinflößender Riese. Wenn sie aber näher kommen, schrumpfen sie im Dunst der Umfragen auf Normalmaß. (Ihren) aufflackernden Siegernimbus verdankt die SPD allerdings der jeweiligen Schwäche ihrer alten Volksparteikonkurrentin, der CDU, und dem Geschenk der Krise der Linkspartei.“<sup>3</sup>

Gleichwohl kehrt durch den Umfrageaufschwung und die nachziehenden Wahlerfolge der Grünen die rot-grüne Option für den Bund aus der vermeintlichen Versenkung im Fünf-Parteien-System an den Horizont der politischen Möglichkeiten zurück und lässt Schwarz-Gelb wie eine vorübergehende Wiederkehr eines politischen Untoten erscheinen.

Die rot-grüne Stärke wird vor allem von den Grünen getragen. Sie können von sich behaupten nunmehr als politischer Arm einer „grünen Modernisierung“ der deutschen Volkswirtschaft zu gelten und auch dann politische Leitpartei in einem rot-grünen Bündnis zu sein, selbst wenn sie nicht der größere Partner in einer rotgrünen Bundesregierung werden könnten. Für die SPD waren also, so fügt der FAZ-Autor, Jasper von Altenbockum, hinzu, die Perspektiven schon schlechter. „Anders als vor der Bundestagswahl des Jahres 2009 kann

<sup>2</sup> <http://wahlanalysen.wordpress.com/2010/05/10/die-wahl-in-nordrhein-westfalen-vom-09-mai-2010/>.

<sup>3</sup> Jasper von Altenbockum 2011, Die Scheinriesen der SPD: <http://www.faz.net/artikel/C30089/zwischen-den-wahlen-die-scheinriesen-der-spd-30496990.html>.



*sie sich an der Seite blühender Grüner wieder eine Machtopion ausrechnen. (...) Im Wahlkampf von 2009 fehlte ihr eine solch tragfähige Option.<sup>4</sup>*

### **c) Der Irrtum von den sich auflösenden politischen Lagern**

Eher nebenbei scheint die Zuordnung der Parteien zu bestimmten politischen Lagern in der Wahlbevölkerung stabiler als manche Beobachter nach der Etablierung der Linken und eines Fünf-Parteien-Systems vermutet hatten.

SPD, Grüne und LINKE werden einem „linken Lager“ zugeordnet, dem ein „bürgerliches“ Lager gegenüber steht. Vermutlich werden diese Lager im politischen Verhalten der Wahlbevölkerung so lange bestehen, wie CDU und SPD die jeweils stärksten Parteien sind. Grüne und FDP binden in diesen Lagern jeweils „Sonderinteressen“ wie die Themen Steuern, Umwelt, Energie, während SPD und CDU für die mehrheitlich wahlentscheidenden Themen (Soziale Gerechtigkeit, Bildung, Arbeitsplätze, Wirtschaft) stehen. Bei den Unionswählern steht dabei in der Regel „Wirtschaft“ oben an (wie bei den FDP-Wählern), bei den sozialdemokratischen Wähler\_innen ist es soziale Gerechtigkeit und Bildung. Die Wählerschaft der Linken weist hinsichtlich der Themen eine hohe Übereinstimmung mit den SPD-Wähler\_innen auf, allerdings rangiert bei ihr das Thema „soziale Gerechtigkeit“ weit vor allen anderen.

### **d) Die Piratenpartei – Ausdruck von stadtgesehellschaftlichem Wandel und länger anhaltenden Wahlrends**

Nur eine Woche vor der Abgeordnetenhauswahl 2006 in Berlin gegründet, zieht die Piratenpartei Deutschlands, deren Vorbild im Januar 2006 in Schweden aus dem Protest gegen die Kampagne von Musik- und Filmindustrieverbänden entstand, fünf Jahre später in Berlin mit knapp 9% in das Landesparlament ein.

Neben dem schwedischen Vorbild, denen mit etwas über 7% bei der Europawahl 2009 der Einzug zweier Abgeordneter in das Europaparlament gelang, sitzen nun erstmals 15 Abgeordnete dieser Partei in einem Parlament – genauso so viel Mandatsträger/-innen, wie überhaupt auf die Liste zum Abgeordnetenhaus gewählt wurden. In Aachen sowie in Münster verfügte die Partei bislang über jeweils einen Kommunalabgeordneten nun gesellen sich weitere 65 Kommunalabgeordnete aus Berlin dazu.

Die Piraten sind kein gänzlich neues Phänomen der bundesdeutschen Parteienentwicklung mehr und dennoch liegen bislang nur erste Überblicksarbeiten zu ihrer Entstehung, Arbeitsweise sowie Politikstil und Programmatik vor.

Womit erklärt sich, dass die Piratenpartei in den letzten Wochen vor der Wahl in den Umfragen deutlich anzog und zuletzt 38% der Befragten (FGW) der Auffassung waren, dass die Partei im Abgeordnetenhaus vertreten sein sollte (FDP: 29%).

Nachfolgend wird ein kurzer Blick auf die bisherige Parteienentwicklung geworfen um dann unter Bezugnahme auf Niedermayer und Seils zu einigen vorläufigen Erklärungsansätzen zu kommen.

Wie Seils darlegt, ist der Erfolg der Piraten *„ein Paukenschlag, eine politische Sensation ist er hingegen nicht. Schon bei der Bundestagswahl 2009 konnten die Piraten aus dem Stand bundesweit zwei Prozent erzielen, bei den Jungwählern lag der Stimmenanteil dabei sogar bei 9 Prozent. Berlin war schon vor zwei Jahren eine Hochburg der Piraten. 58 062 Berliner*

---

<sup>4</sup> von Altenbockum, a.a.O., ebd..

bzw. 3,4 Prozent machten bei der jungen Partei, die erstmals zu einer Bundestagswahl angetreten war, ihr Kreuz.“<sup>6</sup>

**Tabelle: Ergebnisse der Piraten bei bisherigen Wahlantritten seit 2008 (Zweitstimmenanteil in %)**

HE '08	HH '08	HE '09	EPW '09	SN '09	SH '09	BTW '09	NW '10	HH '11	ST '11	BW '11	RP '11	HB '11
0,3	0,2	0,5	0,9	1,9	1,8	2,0	1,6	2,1	0,4	2,1	1,6	1,9

Quelle: Eigene Zusammenstellung

Diejenigen, die angesichts der ersten Ergebnisse dieser neuen Partei bei Wahlantritten davon ausgingen, dass es sich dabei um einen weiteren kurzlebigen Versuch einer Parteigründung handelte, müssen zweierlei konstatieren:

- Schon Ende 2007 war die neue Partei in der Hälfte der Bundesländer mit eigenen Landesverbänden vertreten und verfügte, wie Niedermayer konstatiert, „seit dem Achtungserfolg bei den EP-Wahlen 2009 über eine flächendeckende territoriale Organisationsstruktur, was sie von den meisten anderen Kleinstparteien unterscheidet“<sup>6</sup>
- Auch hinsichtlich der Mitgliederzahlen und Kontinuität der Mitgliedschaft sind sie anderen Kleinstparteien voraus.<sup>7</sup>

**Tabelle: Sozio-demographische Merkmale der Piraten-Wähler/-innen bei der BTW 2009**

Wähler/-innen nach Geschlecht und Altersgruppen					
	18-24 Jahre	25-34 Jahre	35-44 Jahre	45-59 Jahre	60 und älter
Männer	12	6	3	1	0
Frauen	5	2	1	1	0
Wähler/-innen nach Tätigkeit					
	Arbeiter	Angestellte	Selbständige	Rentner	Arbeitslose
	3	3	1	3	3
Wähler/-innen nach Bildung					
	Abitur / Universität	Mittel- / Realschule	Volks- / Hauptschule	ohne Abschluss	
	3	2	1	1	

Den Piraten ist es in Berlin 2011 gelungen, in einem eher langweiligen, personell früh entschiedenen und ohne große Richtungsfragen geführten Wahlkampf ihre „Kernkompetenz“ bzw. Kernwählerschaft mit der allgemeinen Stimmungslage zu verbinden: Wer den über-

<sup>5</sup> Christoph Seils 2011, Die Piraten und die digitale Spaltung der Gesellschaft, in: Cicero/Berliner Republik-online, 12.09.2011.

<sup>6</sup> Oskar Niedermayer 2010, Erfolgsbedingungen neuer Parteien im Parteiensystem am Beispiel der Piratenpartei Deutschlands, in: ZParl, Heft 4, S. 845.

<sup>7</sup> Niedermayer 2010, ebd. unter Verweis auf ders. 2010, Die Entwicklung der Parteimitgliedschaften von 1990 bis 2009, in: ZParl, Heft 2, S. 421-437.

sichtlichen Gang der Berliner Politik durcheinander bringen wollte, konnte erfolgversprechend Piraten wählen.

Mit der Wahl der Piraten ließ sich zugleich ein bei keiner Partei wohlaufgehobenes Lebensgefühl ausdrücken, hinzu kam, sich von Frau Künast partout nicht „resozialisieren“ lassen zu wollen.

Bemerkenswert ist auch, dass die Anhänger/-innen es diesmal nicht bei der Ankündigung, die Partei zu wählen, beließen, sondern es tatsächlich taten.

Die höchste Kompetenz wird der Piratenpartei bei der Datenschutzsicherheit zugeschrieben (16%). Mehr Transparenz in das Verwaltungshandeln zu bringen trauen ihr 9% der Befragten zu, während diese Kompetenz in den Augen der von Infratest-dimap Befragten bei der SPD 17% annehmen und bei den Grünen 19%.

Die Piraten haben es selbst in der Hand, ob sie sich zur ersten modernen Hybridpartei weiterentwickeln, die sowohl über ein virtuelles als auch über das notwendige Maß an „realem“ Parteilieben verfügt.

Die Kernwählergruppe der Piraten beschrieb Oskar Niedermayer bereits 2010 wie folgt:

*„Ihre bekannten sozialstrukturellen Merkmale stimmen mit denen einer über ihre Medienmentalität – das heißt ihre Einstellungen zu Medien, ihren Interessen und Präferenzen und ihrem tatsächlichen Medienverhalten – definierten Personengruppe überein, die als „digital natives“ bezeichnet wird. Diese in der digitalen Welt aufgewachsene Gruppe bildet eine über das Internet vermittelte Gemeinschaft, deren aus den geteilten Netzinteressen gespeister gemeinsamer Sinnhorizont ein subjektiv gefühltes Zusammengehörigkeitsgefühl stiftet. Da die etablierten Parteien es versäumt haben, die digitale Revolution und ihre Probleme rechtzeitig aufzugreifen und zu diskutieren, fühlte sich jener Teil der digital natives, der die Netzpolitik als ausschlaggebenden Faktor der politischen Präferenzbildung ansah, in seiner Themenpräferenz und Interessenstruktur immer weniger politisch integriert und repräsentiert. Infolgedessen spricht man den etablierten Parteien die Netz-Kompetenz ab und sieht in der Piratenpartei die einzig legitime Interessenvertretung. Daher werden es die etablierten Parteien trotz der jetzt erfolgten Integration netzpolitischer Themen in ihre Agenda schwer haben, diese Wählergruppe zurückzugewinnen.“<sup>8</sup>*

Mit einiger Zuspitzung könnte man formulieren, dass der Wahlerfolg der Piraten in Berlin der erste Erfolg einer Partei ist, die versucht die Einstellungen, Themen, Anliegen und den Politikstil von Bürger/-innen (vor allem Bürgern) unter 45 Jahren, die in den neuen, prekären Verhältnissen „kreativer Jobs/Industrien zurecht kommen müssen und zurecht kommen, auf die politische Bühne transportiert. Nach allem, was die Wahlforschung bisher zu sagen weiß, nähren sich die Piraten aus dem Stimmenreservoir des linken Lagers und steht bei ihren Wählern das Thema „Soziale Gerechtigkeit“ als wahlentscheidendes Thema hoch im Kurs. Nebenbei haben die Piraten durch ihren Erfolg in Berlin der LINKEN bundesweit den Nimbus genommen, die Partei zu sein, durch deren Wahl man zumindest die etablierten Parteien „aufmischen“ kann.

Aus Sicht von Seils<sup>9</sup> sind drei Aspekte im Hinblick auf die Piraten zu beachten:

- (1) Die Piratenpartei nicht nur ein Protestphänomen. *„Nicht zufällig ist die Partei in der digitalen Welt entstanden. Die digitale Revolution ist nicht nur ein Motor der Globalisierung, sondern sie verändert zugleich auch Arbeitsabläufe und Arbeitsbeziehungen, die Bedingungen der Kapitalverwertung, der Mediennutzung und vor allem die Massenkommunikation. Darüber hinaus hat die digitale Revolution Werteorientierungen in der Gesellschaft verändert. Die Frage, wie es die Gesellschaft mit dem Internet, mit der digitalen Kommunikation und den neuen sozialen Netzwerken hält, hat damit eine enorme politische Dynamik gewonnen. Die digitale Spaltung der Gesellschaft birgt zudem viel gesell-*

---

<sup>8</sup> Niedermayer 2010, S. 851.

<sup>9</sup> Seils 2011, ebd.

*schaftliches Konfliktpotenzial, bei dessen politischer Kanalisierung sich die etablierten Parteien äußerst schwer tun.“*

- (2) *„Die Generation Internet ist politisch mobilisierungsfähig, das hat sie in den letzten Jahren vielfach unter Beweis gestellt. (...)In der Piratenpartei haben diese Netzaktivisten nun eine parteipolitische Stimme gefunden. Dass es bei den Piraten chaotisch und unprofessionell zugeht, dass die Forderungen völlig unrealistisch sind, stört die Anhänger nicht. Vieles erinnert stattdessen an die Anfänge der Grünen vor drei Jahrzehnten.“*
- (3) *„Für etablierte Parteien ist es darüber hinaus bedrohlich, dass die Generation Internet die gewohnten Pfade der gesellschaftlichen Kommunikation verlassen hat. Nicht mehr das Fernsehen und die Bild-Zeitung sind die Leitmedien für die populistische Aufheizung und die politische Mobilisierung, sondern Facebook, Twitter und Youtube. In der [schönen neuen Onlinewelt](#) gelten dabei die Regeln der traditionellen politischen Willensbildung und das klassische Top-Down-Prinzip der Massenkommunikation wird auf den Kopf gestellt. Der User entscheidet selbst, welche Inhalte aus dem politisch, geografisch und zeitlich entgrenzten Angebot er nutzt. Im Zweifelsfall vertraut er nicht mehr den Argumenten der Politik, sondern Google oder seinen Facebook-Freunden. Auch davon profitiert die Piratenpartei.“*

Alexander Hensel fügt ebenfalls in Cicero/Berliner-Republik folgende Betrachtungen hinsichtlich der Perspektiven der Piraten-Partei im Berliner Landesparlament hinzu:

*„Die Piraten stehen vor einem Balanceakt zwischen ihren idealistischen Prinzipien und den Imperativen des politischen Systems. Fordert der parlamentarische Alltag ihnen nun oftmals Effizienz, Schnelligkeit und politische Wendigkeit ab, sind die Piraten zugleich den zwar digital beschleunigten, aber dennoch zähen Prozessen ihrer parteiinternen Basisdemokratie verpflichtet. Auch die in der Partei verbreitete Abneigung gegenüber einer personalisierten Politik entspricht nicht unbedingt dem vorherrschenden Modus der medialen Berichterstattung.*

*Vor allem aber der zentrale Anspruch auf eine umfassende Transparenz des eigenen politischen Handelns wird die Berliner Piraten auf eine harte Probe stellen. Hier werden sie zunächst einen zähen Kampf gegen formale Auflagen und die Gewohnheiten des politischen Betriebs führen müssen. Damit fordern sie nicht nur politische Partner, sondern auch die Medien zu einem Lernprozess heraus. Denn gemeinhin ist die Öffentlichkeit an eine Politik der glatten Oberfläche und die Optimierungsbemühungen der politischen PR-Beratung gewöhnt. Ungesteuerte diskursive Suchbewegungen, daraus folgender personeller Zwist oder langwierige Aushandlungsprozesse werden weniger als elementarer Moment demokratischer Politik geschätzt, sondern als Uneinigkeit oder Schwäche dargestellt und skandalisiert. Dies ist für die im Internet weitgehend offen einsehbare Kommunikation der Piraten also durchaus ein Problem.*

*Da alle genannten Eigenschaften gleichzeitig Schwächen im Sinne der öffentlichen, medialen und parlamentarischen Logik, aber auch Stärken und zentrale Alleinstellungsmerkmale und damit Basis des Erfolgs der Piraten sind, bleibt der Berliner Partei schlicht nur ein Drahtseilakt: die Balance zwischen grundlegenden Prinzipien und praktischer Anpassung. Dabei könnten sich die Piraten ebenso gut disqualifizieren wie profilieren. Doch genau hier liegt die wirklich interessante Herausforderung für die Piraten.“<sup>10</sup>*

Eine tiefergehende Analyse des Wahlergebnisses für die Piraten und der sich daraus ergebenden strategischen Schlussfolgerungen für DIE LINKE in Berlin wird einer späteren Veröffentlichung vorbehalten sein.

---

<sup>10</sup> Alexander Hensel 2011, Die Piraten im Parlament, in: Cicero/Berliner Republik-online, 12.09.2011.

### e) DIE LINKE im Stresstest

Für DIE LINKE endet der Wahlzyklus ernüchternd, wichtige Wahlziele wurden zuletzt verfehlt:

- Mit dem Anspruch, in ostdeutschen Ländern den Ministerpräsidenten zu stellen, ist die Partei zweimal sehr deutlich gescheitert.
- Gescheitert ist sie auch mit dem erneuten Versuch, im Südwesten in die Landtage einzuziehen.
- Statt Stimmenzuwächse zu erzielen stagniert sie im Großen und Ganzen.

**Tabelle: Ergebnisse der LINKEN bei den Wahlen 2011 im Vergleich zu 2006 bzw. 2008 (in %)**

HH		ST		RP		BW		HB		MV		BE	
`11	`08	`11	`06	`11	`06	`11	`06	`11	`06	`11	`06	`11	`06
6,4	0,0	23,7	-0,4	3,0	0,4	2,8	-0,3	5,6	-2,8	18,4	1,6	11,7	-1,7

Quelle: [www.wahlrecht.de](http://www.wahlrecht.de) / Eigene Zusammenstellung

Mit der Berlin-Wahl 2011 ging eine Regierungsbeteiligung verloren, was an sich nach zwei Legislaturperioden ein eher normaler demokratischer Vorgang ist, im Gesamttext der Wahlen und der bundesweiten Umfragewerte aber geeignet ist, das Bild von einer Partei auf der Abwärtsrutsche mit frischer Farbe zu zeichnen. Darüber gehen die Anzeichen von Stabilität leicht unter.

Gelegenheit also, einen Blick auf den aktuellen Stand der Parteientwicklung zu werfen, der sowohl innerhalb der Partei wie auch von außen als nicht zufriedenstellend wahrgenommen wird.

Betrachtet man die zurückliegenden Wahlergebnisse, so lassen sich die Hürden, die vor einer Wende in den Umfragen stehen, in drei Gruppen ordnen:

- (1) Im Zweifelsfall fehlt es an einer erfolgreich kommunizierbaren, breit getragenen Funktion der Partei für rote und grüne Wechselwähler/-innen, für die taktischen Wähler/-innen, die zumindest in Phasen der Wechselstimmung mehr erwarten als Opposition und das Zurechtrücken der Fehler anderer Parteien („Motor“-Frage). In diesen Bereich gehört auch, dass es immer noch deutliche Mehrheiten gegen eine Regierungsbeteiligung der Linken in der westdeutschen Wahlbevölkerung und gegen einen linken Ministerpräsidenten in der ostdeutschen Wahlbevölkerung gibt, die Akzeptanz der Linken kaum über das eigene Wähler/-innenpotential hinausreicht.
- (2) Die innerparteilich hoch gehandelten Themen interessieren die Wähler/-innen weniger oder gar nicht. Sie führen aber – wenn sie zu etwas führen – zu Zweifeln und Entfremdung bei Wähler/-innenschichten, die 2005-2009 für DIE LINKE gewonnen wurden.
- (3) DIE LINKE verliert bei den jüngeren und jungen Wähler/-innen, insbesondere denjenigen mit großer Nähe zu „digitalen Medien“. Hierbei handelt es sich nicht nur um eine Frage der Themen (libertäre Themen, Bürgerrechtsthemen), sondern um Fragen von Lebenswelten und Milieus.

Unter diesen Gesichtspunkten würden es sich diejenigen, die das Wahljahr 2011 für DIE LINKE mit der Feststellung zusammenfassen, dass die Aussagen der Parteiführung über „Wege zum Kommunismus“, Gratulationen an Fidel Castro sowie mindestens unklare Aussagen zur Unmenschlichkeit und Inhumanität des Mauerbaus für die ausbleibenden Wahlerfolge verantwortlich seien, es sich zu einfach machen.

Denn bei aller berechtigten Kritik an diesen Aussagen sind nicht diese – die hat es in der Vergangenheit der PDS und auch der LINKEN immer wieder gegeben – das Problem. Das Problem liegt tiefer und zwar darin, dass es der Partei bislang nicht gelungen ist, sich auf die



veränderten politischen und gesellschaftlichen Handlungsbedingungen der Bundesrepublik Deutschland im dritten Jahr der internationalen Wirtschafts-, Währungs- und Finanzkrise sowie sechs Jahre nach der Abwahl von Rot-Grün einzustellen.

Es könnte also formuliert werden: Die zitierten Aussagen der Parteiführungen sind inhaltlich problematisch und das Gegenteil dessen, was eine moderne Linkspartei ausdrücken sollte, doch zu einem tatsächlichen Problem der Partei werden sie erst dann, wenn sie die einzigen Äußerungen sind, die derzeit von der LINKEN gesellschaftlich wahrgenommen werden.

### **Ratschläge von Außen**

Der taz-Autor Stefan Reinicke erkennt im Hinblick auf den diesbezüglichen Zustand der LINKEN drei Ursachen<sup>11</sup>:

- (1) *„Die gegenwärtige Malaise der Linkspartei ist die Rückseite ihres Aufstiegs nach 2005. Damals etablierte sie sich als Protestpartei gegen die weltanschaulich entkernte SPD. Doch seit die SPD nicht mehr regiert, sucht die Linkspartei vergeblich eine neue Rolle.“*
- (2) *„Oder schlimmer noch: Der Lafontaine-Flügel tut einfach so, als wäre nichts geschehen. Routiniert rattert man das Mantra: Weg mit Hartz IV, Abzug aus Afghanistan, Weg mit der Rente mit 67 (alles Vergehen der SPD!) herunter und prügelt im Bundestag mit starrem Blick auf die Sozialdemokraten ein. Eine Oppositionspartei, die so auf Abgrenzung von einer anderen Oppositionspartei fixiert ist, ist eine kuriose Erscheinung.“*
- (3) *„Seit der Fusion mit der WASG gibt es sogar ein backlash in Geschichtsfragen. Fatal ist, dass Ex-Sozialdemokraten wie Oskar Lafontaine die Linksextremen als Fußtruppen im Kampf gegen die ihrer Ansicht nach zu soften Ostpragmatikern adoptiert haben. (...) Die Moral-Desaster in Geschichtsdebatten sind der Hartz-IV Klientel der Partei in der Tat eher egal. Doch die Entfremdung rot-grüner Wechselwähler von der Linkspartei nimmt mit jedem Eklat zu.“*

Seine Empfehlungen lassen sich wiederum in drei Punkten zusammenfassen:

- (1) Die Alternative wäre sich als Motor eines rot-rot-grünen Lagers zu verstehen.
- (2) *„Die Partei muss ein rationaleres Verhältnis zur SPD entwickeln - auch im Osten. Im Westen ätzen viele Genossen, dass Regierungsbeteiligungen im Osten doch nur zu Anpassung führen. Der sektenhafte Ton dieser Kritik ist unüberhörbar - aber das Problem ist real. Gerade aber wenn zwei in ihrer Praxis sozialdemokratische Parteien regieren, ist es zentral, Unterschiede symbolisch zu markieren. Das fällt den Ost-Genossen, die froh sind endlich als seriöser Regierungspartnern zu gelten, äußerst schwer.“*
- (3) Die Linkspartei bräuchte somit einen Dreischritt als Ausweg aus diesem Dilemma:
  - ein selbstbewusstes Verhältnis zur SPD, das frei von rituellem Abgrenzungszwang ist
  - eine scharfe, verbindliche Abgrenzung vom autoritären Staatssozialismus
  - ein praktisches Verständnis davon, was „radikale Realpolitik“ in der Realität und nicht nur als eigener Anspruch an sich selbst bedeuten kann.

---

<sup>11</sup> Stefan Reinicke 2011, Die erschöpfte Partei, in: taz vom 13.09.2011.

### „Totgesagte leben häufig länger, manchmal lange“

Aus dem bislang nicht eingelösten Anspruch, in einer rot-roten oder rot-rot-grünen Konstellation zum „Motor für einen Politikwechsel“ zu werden, und der Tatsache, dass DIE LINKE bei starkem Gegenwind auf der Stelle tritt nun wiederum zu schlussfolgern, dass es Zeit wäre, der LINKEN das Totenglöckchen zu läuten greift jedoch ebenfalls zu kurz.

In einem Beitrag für die ZParl befasste sich Patrick Horst unter der Überschrift „Totgesagte leben häufig länger, manchmal lange“ mit dem Auf- und Abstieg von FDP und Grünen.<sup>12</sup>

Im Rahmen seiner Betrachtungen von FDP und Grünen kommt er zu sechs Schlussfolgerungen<sup>13</sup>, von denen zwei auch auf DIE LINKE angewendet werden können:

- (1) Niederlagenserien, die in der Geschichte sowohl der FDP als auch der Grünen vorzufinden sind, bedeuten nicht zwangsläufig das Ende der jeweiligen Partei, sondern sind vielmehr die Schattenseiten der, den Niederlagen vorhergehenden, Serien großer Wahlerfolge. Der Volksmund kennt dafür den Begriff „Wer hoch steigt, wird tief fallen“.
- (2) Bei der Betrachtung von Niederlagen sind die vorhandenen regionalen Gegebenheiten zu berücksichtigen. So wie die Grünen und die FDP im Osten aufgrund parteipolitisch amorpher Verankerung kein Abonnement auf Mitgliedschaft im Landtag haben, kann auch DIE LINKE beim bisherigen Stand ihres Parteaufbaus und ihrer lokalen, z.B. in Kommunalmandaten ausgedrückten Verankerung, nicht davon ausgehen, jedes westdeutsche Landesparlament wieder erobern zu können. Das ist *„zwar durchaus unerfreulich und weist auch auf ein strategisches Versagen der Partei in der Vereinigungspolitik hin“*<sup>14</sup>, dennoch kann angenommen werden, dass ein Einzug der Partei in den Deutschen Bundestag – anders als bei der früheren PDS nicht in Frage steht.

Hinzuzufügen ist, dass aufgrund des Parteienwettbewerb im föderalen Bundesstaat (Lehmbruch) mit der ihm innewohnenden Verflechtung dazu führt, dass trotz der Autonomie der Landesverbände, die Parteien gleichwohl als Parteifamilien angesehen und entsprechend auch in Mithaftung genommen werden. Eine bundespolitisch negative Performance schlägt folglich in der Regel auch auf Landesparteien durch, während landespolitische Ereignisse die Bundesparteien vergleichsweise selten nachhaltig berühren. Insofern erklärt sich aus diesem Verhältnis zwischen Landes- und Bundespartei, dass trotz der überwiegend landespolitisch motivierten Wahlentscheidung der Berlinerinnen und Berliner die Entscheidung darüber, ob einer Partei wie der LINKEN Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit sowie Problemlösungskompetenz und Alltagstauglichkeit zugesprochen wird, durch die bundespolitische Vertrauenswürdigkeit determiniert wird. Kurz: Nur selten und in Ausnahmen kann ein Landesverband so gut sein, dass er eine absinkende Zustimmung der Wählerinnen und Wähler gegenüber der Bundespartei dauerhaft auffangen kann. In den Umfragen bewegten sich Bundes-LINKE und Landes-LINKE deshalb auch seit 2006 gleichgerichtet: (obere Linie Berlin, untere Linie Bundesgebiet).

---

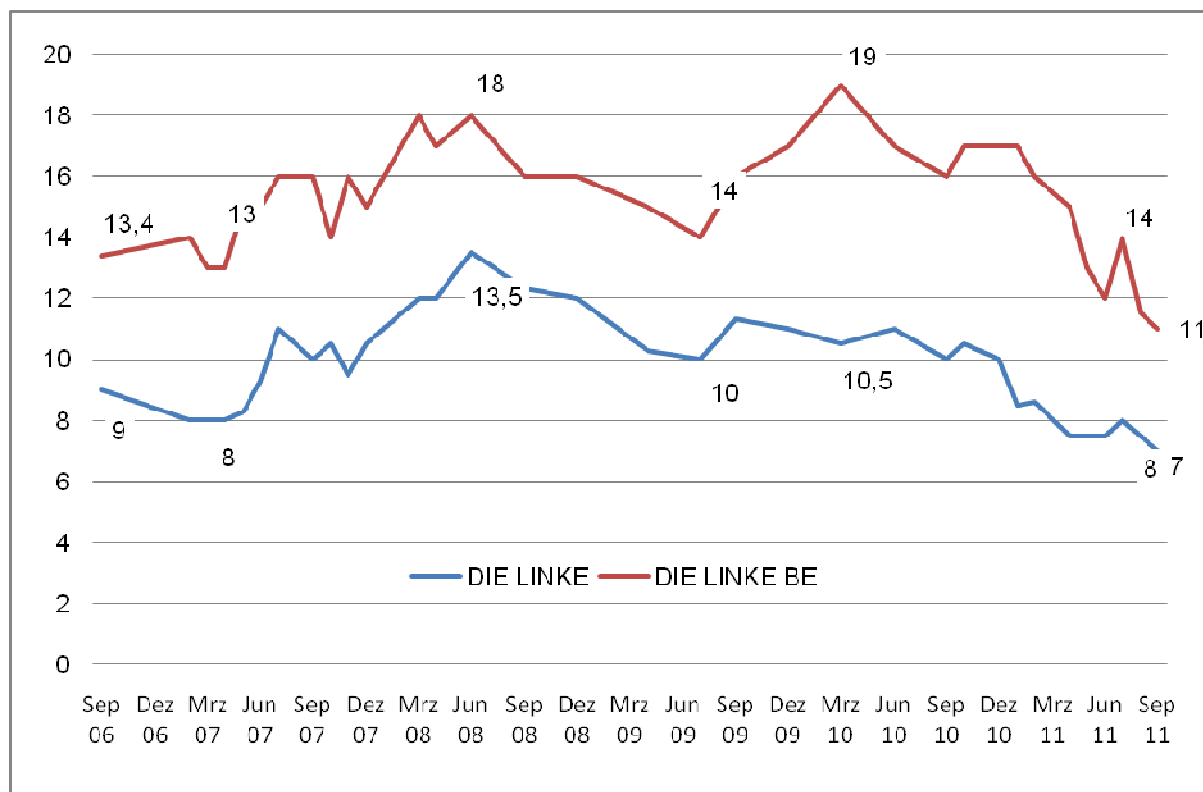
<sup>12</sup> Patrick Horst 2001, Totgesagte leben länger, manchmal lange. Zu den Überlebenschancen der Grünen vor dem koalitionspolitischen Erfahrungshintergrund der FDP, in: ZParl, Heft 4, S. 841-860.

<sup>13</sup> Horst 2001, S. 850.

<sup>14</sup> Horst 2001, S. 851.



Abbildung: DIE LINKE im Bund und in Berlin im Vergleich (Sonntagsfrage, Infratest-dimap)



### Was tun? Was tun.

Misserfolge gehören zu demokratischen Abstimmungen wie Erfolge. Ebenso normal ist es, dass jede Erfolgswelle einmal ihr Ende findet und sich Katerstimmung breit macht. Dramatisch wird es erst, wenn Niederlagen nicht »gelesen« und nicht in den politischen Erfahrungsschatz der Partei hineingearbeitet werden.

DIE LINKE steht seit ihrem größten Erfolg, den Bundestagswahlen 2009, vor ihrer größten Herausforderung: Ist sie eine lernfähige Organisation, die sich unter veränderten Bedingungen behaupten kann? Ist sie unter diesen Bedingungen in der Lage, mit ihrer politischen und sozialen Pluralität politisch konstruktiv umzugehen? Was ist das Versprechen von 2005, eine neue linke Partei zu gründen, die aus den Fehlern und falschen Kontroversen des vergangenen Jahrhunderts gelernt hat, im politischen Stresstest wert?

Die jüngsten Wahlergebnisse nötigen die Partei:

- (1) zur Analyse und Bewertung der seit 2009 veränderten bundespolitischen Verhältnisse, der gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen durch die große Wirtschafts- und Finanzkrise;
- (2) zu einer Bilanz der bisherigen Wahlergebnisse, der Zusammensetzung der Wähler- und Anhängerschaft und ihrer Erwartungen;
- (3) zur Auswertung des inneren Zustandes, der (demografischen) Entwicklung der Mitgliedschaft, der strukturellen organisatorischen Schwächen und der sozialen Verankerung der Partei.

Nicht weil alles im Argen liegt, sondern weil es besser werden muss, um die nächsten Aufgaben wieder erfolgreicher zu meistern.

Die neue LINKE in Deutschland ist entstanden als eine breite Sammlungsbewegung gegen den neoliberal inspirierten Regierungskurs von Schröder und Fischer. Mitgliedschaft und

Anhängerschaft sind sozial und politisch heterogen. Sie entwickeln unterschiedliche Erwartungen an die Partei und ihre Politik. Die anhaltenden Wahlerfolge 2005 bis 2009 enthalten aber eine zentrale Botschaft an die neue Partei: kein Rückfall in die alten Zeiten von Ost und West, von PDS und WASG oder in die Gedankenwelt der »Westausdehnung«.

Die Wähler/-innenschaft der LINKEN stammt aus vielen sozialen Schichten. Darüber gibt es »objektive« soziostrukturelle Daten, in denen sich die Wähler/-innen selbst einstufen. Auf der gesellschaftlichen »Oben-Unten«-Skala ordneten sich 25% bis 30% der LINKEN-Bundestagswählerschaft 2009 »Unten« ein, rund die Hälfte in der gesellschaftlichen »Mitte« und ein knappes Viertel »Oben«. Gefragt nach ihrer Selbsteinstufung auf der politischen »Links-Rechts«-Skala sahen sich 60% der LINKEN-Wähler/-innenschaft politisch »Links«, ein knappes Drittel verortete sich politisch in der »Mitte« und ein Zehntel »Rechts«. (siehe hierzu die Tabellen im Anhang)

Alle genannten Zahlen sind nicht streng repräsentativ, gleichwohl im Kern typisch, für Großstädte im Westen mehr, für manche Regionen im Osten weniger: Die Mehrheit der linken Wählerinnen und Wähler sieht sich in der sozialen Mitte, knapp zwei Drittel sehen sich links. Mit einer politisch-strategischen Orientierung allein und vornehmlich auf Erwerbslose und (prekäre) Niedrig-Entlohnte wäre kaum dauerhaft ein Parlamentseinzug möglich. Umgekehrt drohte ohne sie die Partei überflüssig zu werden.

Dieser Vielschichtigkeit der Wähler/-innenschaft muss die Partei in ihrem gesamten Erscheinungsbild Rechnung tragen: in der Mitgliedschaft, unter den Funktionsträgern, in der politischen Programmatik, Symbolik und Praxis. Wo dies dauerhaft nicht der Fall ist, droht der Kontakt zu den entsprechenden sozialen Schichten flüchtig zu bleiben oder gar verloren zu gehen. Die Wählerbindung (»Konsolidierung«) gehört zu den zentralen Aufgaben unserer gegenwärtigen Entwicklungsetappe.

Wichtig hierbei ist, die politische Klammer deutlich zu machen, die die Partei ihrer heterogenen Wähler/-innenschaft anbietet: Die Partei steht entschieden auf der Seite der Rechte der »abhängigen Arbeit« gegen Unternehmer und Kapital. Sie stellt dabei die Interessen von Erwerbslosen und niedrigentlohnenden Prekären, mehrheitlich meist Frauen, nicht zugunsten einer »Kernarbeiterschaft« hinten an, um wie SPD und Grüne in ihrer Politik die Hierarchisierung sozialer Interessen und Positionen entlang ihrer Stellung im Kapitalverwertungsprozess politisch zu verdoppeln. Ein zentraler Bezugspunkt solch politisch-praktisch werdender Klassensolidarität sind die öffentlichen Einrichtungen, die Verteidigung gemeinschaftlicher Lösungen gegen die private Selektion entlang der Kaufmacht des Geldes.

Mit diesem strategischen Kompass kann DIE LINKE für unterschiedliche soziale Schichten wählbar bleiben: soziale Gerechtigkeit, Solidarität, kollektive und kooperative Lösungen.

Wenn es gelingt, immer wieder politische Konfrontationslinien entlang solcher Themen zu eröffnen, die die eigene Anhängerschaft zusammenführen und nicht entlang ihrer unterschiedlichen politischen und sozialen Selbsteinstufung auseinandertreiben, können auch die unterschiedlichen Einstellungen in der eigenen Wähler/-innenschaft zu Fragen wie Atomkraft, Einwanderung, Innere Sicherheit weniger „neutralisiert“ als vielmehr konzeptionell im Sinne radikaler Reformpolitik fruchtbar gemacht werden.

Das Verhältnis der linken Anhängerschaft zum politischen System ist ebenfalls nicht homogen. Im Gegenteil, es erwachsen aus den Unterschieden zum Teil widersprüchliche Anforderungen an das strategische Agieren der Partei.

Die erste und größte Herausforderung liegt darin, dass die LINKE-Wähler/-innenschaft die Wahlen gewichtet: Bundestagswahlen sind wichtig, mit deutlichem Abstand folgen Landtagswahlen, am Ende stehen Kommunal- und Europawahlen.

Diese Gewichtung hat etwas mit der öffentlichen Aufmerksamkeit zu tun, die den jeweiligen Ebenen zuteilwird, und sie hat etwas mit den Erwartungen in die Folgen dieser Wahlen für die eigene Lebenslage zu tun.

Grundsätzlich gibt es Nichtwähler/-innen in allen sozialen Schichten und unter Anhängern aller Parteien. Aber in den vergangenen zehn Jahren bekam der Anstieg der Wahlabstinenz einen erkennbaren sozialen Klassencharakter: Vor allem die »sozial Schwachen« blieben verstärkt den Wahlurnen fern. Für linke Politik erwächst daraus ein tief greifendes Problem: Wie können Mehrheiten für eine sozial gerechte Politik auf kommunaler Ebene, auf Landesebene, grundsätzlich zustande kommen, wenn die, für die vor allem sich etwas verbessern soll, gar nicht mehr wählen gehen? Der Hamburger Volksentscheid zur Schulreform ist dafür prototypisch.

Zunächst aber müssen wir feststellen, dass im Osten wie im Westen aus diesen Gründen unsere Stimmenanteile bei Bundestagswahlen immer höher sind als bei Landtagswahlen, weil wir unsere Anhänger unterdurchschnittlich mobilisieren können.

Welche Probleme solche Wahlkämpfe aufwerfen, wird deutlich, wenn man die unterschiedliche Stellung zu Parteien und zum politischen System betrachtet. Es zeigen sich drei Gruppen:

- (1) die politisch-inhaltlichen Wähler/innen: Sie entscheiden sich für eine Partei aufgrund politischer und programmatischer Inhalte und identifizieren sich mit der Partei über einen längeren Zeitraum (Wieder- und Stammwähler);
- (2) die politisch-taktischen Wähler/innen: Sie haben für ihre Entscheidung vor allem taktische Gründe (Denkzettel, erwartete Konstellationen usw.). Für sie verändert sich der taktische Wert der LINKEN von Wahl zu Wahl;
- (3) die politisch enttäuschten Wähler/innen: Sie kommen von anderen Parteien und liegen mit der Politik, dem politischen System, der politischen Klasse grundsätzlich über Kreuz. DIE LINKE zu wählen, ist für sie der (oftmals letzte) Versuch, im politischen System repräsentiert zu sein.

Bei der Bundestagswahl 2009 waren diese drei Gruppen annähernd gleich groß. Bei Landtagswahlen schmilzt die dritte Gruppe grundsätzlich.

Hinzu kommt nun bei einzelnen Wahlen, wie z.B. Hamburg, die Enttäuschung darüber, dass sich auch durch die Wahl der LINKEN keine Verbesserungen ergeben haben, und dass kein Sinn darin gesehen wird, uns nochmals zu wählen.

In Baden-Württemberg gingen vor allem die taktischen Wähler/innen zu den Grünen. Sie wollten, dass der Wechsel von Mappus zu Kretschmann und für systemimmanente Reformen nicht an zum Beispiel 4,8 Prozent für DIE LINKE scheitern. Was in Hessen und Nordrhein-Westfalen noch wirkte – dass mit uns ein Politikwechsel erst möglich würde –, zog in Baden-Württemberg nicht mehr.

Wie kann DIE LINKE für ihre Wähler/-innenschaft in einem überschaubaren Zeitrahmen überhaupt etwas erreichen, damit die Wahlentscheidung einen »Mehrwert« bringt? Welchen Platz hat die Partei bei einem Regierungs- und Politikwechsel weg von Schwarz-Gelb? Unsere bisherigen Antworten, das zeigen die vergangenen Landtagswahlen, reichen zukünftig wohl nicht mehr aus.

Um politisch glaubwürdig zu bleiben, braucht DIE LINKE als Bundespartei eine erweiterte »Durchsetzungsstrategie«.

Glaubwürdigkeit und Bindung in der Wählerschaft gehen verloren, wenn Wahlversprechen offensichtlich verraten werden – aber auch, wenn es bei leeren Versprechungen und grundsätzlichen Forderungen bleibt und der Eindruck des Maulheldentums entsteht. Durchsetzungsstrategien haben nicht notwendig etwas mit Regierungsbeteiligungen zu tun, aber mit der Erfahrung, dass LINKE auch »etwas für uns regeln« können.

Und auch die dritte Gruppe in der Wähler/-innenschaft stellt Anforderungen. Sie versammelt sich nicht auf Dauer hinter konkreten Kampagnen-Forderungen (Mindestlohn, Hartz IV, Rente mit 67), sie verlangt für dauerhafte Identifikation mehr. Dabei geht es vordergründig weder um »breiter« angelegte Themen noch um eine »schärfere« Profilierung. Um politisch zu

handeln, schreibt Chantal Mouffe, erwarten die Menschen mehr als Interessenvertretung, sie müssen »sich mit einer kollektiven Identität identifizieren können, die ihnen eine aufwertende Vorstellung ihrer selbst anbietet. Der politische Diskurs muss außer Programmen auch Identitäten anbieten, die der Erfahrung der Menschen einen Sinn verleihen und die ihnen Hoffnung für die Zukunft geben.« Solche kollektiven Identitäten mit programmatischer und strategischer Qualität können auch Brücken zwischen den verschiedenen Wählergruppen schlagen.

Auf dem Höhepunkt unseres Erfolges 2009 hatten wir ein Wählerpotenzial von knapp über 20 Prozent, das heißt etwa ein Fünftel der Wahlbevölkerung konnte sich vorstellen, uns zu wählen. Gegenwärtig liegt das Wählerpotenzial mit 17 Prozent niedriger. In Sachsen-Anhalt konnte eine Mehrheit sich nicht vorstellen, von einem LINKEN regiert zu werden. Die Frage einer Koalition mit uns spaltet die Anhängerschaft des potenziellen Partners.

Als Gesamtpartei haben wir die Wahl, eine Politik zu verfolgen, die darauf ausgerichtet ist, das vorhandene Wählerpotenzial jeweils optimal auszuschöpfen. Dann würden wir bundesweit Bestergebnisse von 13 bis 15 Prozent erreichen können. In Koalitionen blieben wir immer der kleinere Partner. Alternativ könnten wir versuchen, bundesweit das Wählerpotenzial und damit die Akzeptanz bei den Anhängern anderer Parteien auszuweiten, um höherer Stimmenanteile zu erzielen und in Koalitionen auch als stärkerer Partner akzeptiert zu werden, eine Aussicht in Ostdeutschland und im Saarland. Dieser Weg zur »Volkspartei« ist aus nachvollziehbaren Gründen in den meisten westlichen Ländern keine strategische Alternative, weil dann der »Außenseiterstatus« verloren ginge (»Anders als die anderen«), der uns für viele erst wählbar macht. Umgekehrt blockiert die strategische Entscheidung für die »Außenseiter«-Strategie andere Landesverbände, weil eben die Mehrheit »Außenseitern« nicht das Land überlassen will, einer 20 bis 30 Prozent-Daueropposition aber die Wählerbasis wegschmilzt. Beide Wege haben gute Argumente für sich und eben nichts mit »Realitätsverweigerung« oder »Aufweichtum« zu tun.

### III. Das Parteien- und Wahlsystem in Berlin

#### f) Das Parteiensystem in Berlin bis zur Abgeordnetenhauswahl 2011

Die Mauer verlief durch Berlin und insofern drücken sich im Berliner Parteiensystem „im Kleinen die Gesamtheit der bundespolitischen Parteienlandschaft mit all ihren wiedervereinigungsbedingten Sonderphänomenen und Eigentümlichkeiten“<sup>15</sup> aus.

Eine Darstellung des Berliner Parteiensystems erfordert eine Betrachtung bis zur Wiedervereinigung 1990 und eine Betrachtung der Entwicklung seitdem, da sich durch den Eintritt der PDS in die Berliner Parteienlandschaft bereits 1990 das Parteiensystem herausbildete, das seitdem den Deutschen Bundestag und zwischenzeitlich auch eine Vielzahl von Landtagen prägt.

**Tabelle: Ergebnisse der AGH-Wahlen von 1950 bis 1989 (Zweitstimmenanteil)**

Wahl	Wahlbet. in %	SPD		CDU		FDP		AL/Grüne		Sonstige <5%	
		%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze
1950	90,4	44,7	61	24,7	34	23,1	32	-	-	-	-
1954	91,8	44,6	64	30,4	44	12,8	19	-	-	-	-
1958	92,9	52,6	78	37,7	55	3,8	-	-	-	-	-
1963	89,9	61,9	89	28,8	41	7,9	10	-	-	-	-
1967	86,2	56,9	81	32,9	47	7,1	9	-	-	-	-
1971	88,9	50,4	73	38,2	54	8,4	11	-	-	-	-
1975	87,8	42,6	67	43,9	69	7,1	11	-	-	-	-
1979	85,4	42,7	61	44,4	63	8,1	11	-	-	-	-
1981	85,3	38,3	51	48,0	65	5,6	7	7,2	9	-	-
1985	83,6	32,4	48	46,4	69	8,5	12	10,6	15	-	-
1989	79,6	37,3	55	37,7	55	3,9	-	11,8	17	REP (7,5)	11

Quelle: WDR/Infratest-dimap (Hrsg.) 2008, WAHITREND, Köln, S. 38/42 / Eigene Darstellung

Das Berliner Parteiensystem bis 1989 lässt sich unter Bezugnahme auf Reutter<sup>16</sup> in drei Phasen unterteilen:

- die Konstituierungsphase 1945 bis 1949,
- die Periode der Stabilisierung und Konzentration des Parteiensystems bei Dominanz der SPD von 1950 bis Mitte der 1970er Jahre
- die Phase der Transformation und Ausdifferenzierung des Parteiensystems bei verhältnismäßiger Dominanz der CDU ab Ende der 1970er Jahre bis 1989.

Die Konstituierungsphase des Berliner Parteiensystems war, wie in den anderen Ländern auch, geprägt durch die „Lizensierungspolitik“ (Reutter) der Alliierten. Diese führte unter anderem zu einer Begrenzung des Parteiensystems, da sich rechts von der CDU ursprünglich keine Parteien gründen durften und noch in den 1960er Jahren ein Wahlantritt der NPD in Berlin am Einspruch der Alliierten scheiterte.<sup>17</sup>

<sup>15</sup> Jakob Lempp 2010, Berlin – die Parteien im »wiedervereinigten Bundesland«, in: Andreas Kost et al (Hrsg.), Parteien in den deutschen Ländern. Geschichte und Gegenwart, München, S. 162.

<sup>16</sup> Werner Reutter 2004, Das Abgeordnetenhaus von Berlin: Ein Stadtstaatenparlament im Bundesstaat, in: Siegfried Mielke/Werner Reutter (Hrsg.), Länderparlamentarismus in Deutschland. Geschichte-Struktur-Funktionen, Wiesbaden, S. 117f.

<sup>17</sup> Reutter 2004, S. 117.

Der ursprüngliche Versuch der Parteien Berlins, in ganz Berlin als „Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien“ kooperativ zu agieren scheiterte an der KPD und ihrer Politik, die nach dem bekannten Diktum Ulbrichts „*Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben*“ verfuhr. Nach der unter Zwang vollzogenen Vereinigung von KPD und SPD zur SPD trennte sich die Berliner SPD vom sozialdemokratischen Zentralaus-schuss und trat zunächst in allen Berliner Sektoren gegen die SED an, wobei sie tatsächlich nur in den Westberliner Sektoren eigenständig handeln konnte. Mit der Spaltung von CDU und den Liberalen in einen jeweils Ost- bzw. Westberliner Verband in den Jahren 1948 und 1949 erfolgte die endgültige Spaltung des Parteiensystems der Stadt.<sup>18</sup>

**Tabelle: Ergebnisse der AGH-Wahlen von 1950 bis 1971 und Zusammensetzung des Senats**

Wahl	SPD		CDU		FDP		Regierungspartei(en)
	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	
1950	44,7	61	24,7	34	23,1	32	SPD + CDU + FDP; ab 12/1953: CDU + FDP
1954	44,6	64	30,4	44	12,8	19	SPD + CDU
1958	52,6	78	37,7	55	3,8	-	SPD + CDU
1963	61,9	89	28,8	41	7,9	10	SPD + FDP
1967	56,9	81	32,9	47	7,1	9	SPD + FDP
1971	50,4	73	38,2	54	8,4	11	SPD

Quelle: WDR/InfraTest-dimap (Hrsg.) 2008, WahlTREND, Köln, S. 43 / Eigene Darstellung

Die SPD, die CDU und die FDP gliederten sich in das bundesdeutsche Drei-Parteiensystem ein, womit die Konstituierungsphase abgeschlossen und die Phase der Stabilisierung eingeleitet wurde. behielten in den 1950er Jahren jedoch aufgrund der spezifischen Berliner Erfahrungen aus Berlin-Blockade, Spaltung der Stadt etc. einen Modus der Kooperation bei. Dieser ausgeprägte Kooperationswille führte in den 1950er Jahren zum Regelfall der Großen Koalitionen, teilweise unter Einschluss der FDP und bis weit in die 1960er Jahre zu sozial-liberalen Koalitionen, obwohl die SPD hätte auch allein die Regierung stellen können. Dieser für die westdeutsche Parteiendemokratie ungewöhnliche Zustand änderte sich erst mit der neuen Ost-Politik und dem auch in Berlin spürbaren Auseinanderdriften von CDU und SPD in dieser Frage. Nach der Wahl 1971 regierte die SPD erstmals und einmalig bislang allein.

Der Zeitraum 1950 bis Ende der 1970er Jahre wurde geprägt von einem bipolaren Parteiensystem mit zwei großen Volksparteien und einer dominierenden SPD, die bis 1981 jeweils den Regierenden Bürgermeister stellte. SPD und CDU konnten lange Zeit bis zu 90% der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen; von den im Durchschnitt sechs zur Wahl antretenden Parteien zogen bis zu drei Parteien in das Landesparlament ein. Die SPD galt in dieser Phase als die hegemoniale „Berlin-Partei“.

Musste die CDU bei den Abgeordnetenhauswahlen 1963 mit 28,8% noch eine herbe Niederlage einstecken und konstatieren, dass der Abstand zur SPD mit 33,1% höher als das eigene Wahlergebnis ausfiel, gelang es der Union in den folgenden Wahlen sich stetig zu steigern und im Ergebnis der AGH-Wahl 1979 erstmals stärker als die SPD zu sein.

Die Machtverschiebung zugunsten der CDU, deren Etablierung als Regierungspartei sowie die Differenzierung und stärkere Polarisierung des Parteiensystems in Berlin sind prägende Momente der Transformations- und Ausdifferenzierungsphase des Berliner Parteiensystems ab Ende der 1970er Jahre.<sup>19</sup>

<sup>18</sup> Lempp 2010, S. 164f.

<sup>19</sup> Reutter 2004, S. 119.



In dieser Phase sank die Konzentration der Stimmen für beide Volksparteien auf durchschnittlich 75% der abgegebenen Stimmen, stieg die Zahl der kandidierenden Parteien auf rund zehn und nahm die Fragmentierung des Parteiensystems zu.

Der Alternativen Liste (AL) in Berlin gelang bereits 1981 mit einem Stimmenanteil von 7,2% der Einzug in das Berliner Landesparlament, nachdem sie bei der Wahl 1979 noch mit 3,7% an der Sperrklausel gescheitert waren. Die AL gehört seitdem dem Abgeordnetenhaus von Berlin ununterbrochen an – anders als die Freien Demokraten, deren Berliner Parlamentsmitgliedschaft seit ihrer Existenz dem JoJo-Spiel ähnelt.

Die erste rot-grüne Landesregierung Berlins folgte dem deutlichen Stimmenrückgang der CDU in der Wahl 1989, der klaren Ablehnung einer Großen Koalition sowohl in der SPD als auch in der CDU sowie dem bis 1995 höchsten Stimmenergebnis und zwischen 1979 und 2006 überhaupt dritthöchsten Stimmenergebnis der Grünen Berlins von 11,8%.

Das Bündnis aus SPD und AL unter der Führung Walter Mompers scheiterte noch vor den Neuwahlen 1990 an den Widersprüchen in beiden Parteien und endete mit dem Rückzug der drei AL-Senatorinnen in Folge der von der SPD initiierten Räumung der besetzten Häuser in der Ost-Berliner Mainzer Straße.

**Tabelle: Ergebnisse der AGH-Wahlen von 1990 bis 2006 (Zweitstimmenanteil)**

Wahl	Wahlbet. in %	SPD		CDU		FDP		Grüne		PDS/LINKE		Sonstige in %
		%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	
1990	80,8	30,4	76	40,4	101	7,1	18	9,3	23	9,2	23	3,6
1995	68,6	23,6	55	37,4	87	2,5	-	13,2	30	14,6	34	8,6
1999	65,5	22,4	42	40,8	76	2,2	-	9,9	18	17,7	33	7,0
2001	68,1	29,7	44	23,8	35	9,9	15	9,1	14	22,6	33	5,0
2006	58,0	30,8	53	21,3	37	7,6	13	13,1	23	13,4	23	13,7

Quelle: WDR/Infratest-dimap (Hrsg.) 2008, WahlTREND, Köln, S. 38/42 / Eigene Darstellung

Die Wahlen zum ersten gesamtberliner Parlament seit 1948 drückten die Wandlung des Berliner Parteiensystems nach der Vereinigung aus und setzten gleichzeitig bereits bestehende Trends Westberlins fort.

Langfristige Trends der Differenzierung und Dekonzentration setzten sich fort. Die Polarisierung in der Parteienkonkurrenz aber auch im regionalen Wahlverhalten dominiert, nicht zuletzt in Folge des Erscheinens der PDS, der heutigen LINKEN, im Berliner Parteiensystem zu.

Reutter beschreibt diese Entwicklung mit den Worten: *„Das bipolare Parteiensystem mit zwei großen Volksparteien und zentripetalem<sup>20</sup> Parteienwettbewerb blieb zwar im Westteil der Stadt – und auch hier nun bedingt – bestehen, doch hat sich im Ostteil ein eher tripolares System etabliert, in dem sich nur schwer ein politisches Gravitationszentrum ausmachen lässt.“<sup>21</sup>*

Diese Spaltung des Wahlgebietes in einen Westteil, der dem klassischen bundesdeutschen Parteiensystem ähnelte und einen Ostteil, der sich am lange Zeit vorherrschenden Drei-Parteiensystems – bei vergleichsweise schwacher CDU – Ostdeutschlands orientierte, verliert zunehmend an Relevanz und ist zunehmend differenzierter zu betrachten. Wie Niedermayer/Stöss bereits für die AGH-Wahl 2006 ausführen, ist neben dem Ost-West-Gefälle eine zweite regionale Differenzierung für das Wahlverhalten bedeutsam, *„die auf unterschiedli-*

<sup>20</sup> zentripetal: Von der Peripherie zum Zentrum verlaufend.

<sup>21</sup> Reutter 2004, S. 120, vgl. aber auch: Ingrid Reichert-Dreyer 2008, Das Parteiensystem Berlins, in: Uwe Jun et al (Hrsg.), Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern, Wiesbaden, S. 156f.



chen sozialen Milieus, Wohnlagen und Infrastrukturen beruht: der Gegensatz zwischen Stadtzentrum und Peripherie“.<sup>22</sup>

Nutznieser dieser Differenzierung sind die Grünen und die CDU. Erstere waren 2006 „vor allem in dem ungefähr durch den S-Bahn-Ring abgegrenzten Innenstadtbereich“<sup>23</sup> erfolgreich, wo sie mit 23,5% nach der SPD zweitstärkste Partei wurden und auch überdurchschnittliche Gewinne (+6,4%) erzielten. In den Randlagen Berlins brachten sie es hingegen nur auf 9,7%. Die CDU reüssierte dagegen in der (westlichen) Peripherie. Dort betrug ihr Zweitstimmenanteil 23,9%, im Stadtzentrum nur 13,7%.<sup>24</sup>

Dieser Trend hat durch sozio-strukturelle Veränderungen der vergangenen Jahre seine Fortsetzung gefunden.

Die momentan vorherrschenden Merkmale des Parteiensystem und Wahlverhalten Berlins sind demnach:

- eine weiterhin bestehende Polarisierung und zunehmende Fragmentierung im Parteienwettbewerb,
- regional differenzierte Wahlgebiete in den Achsen Ost und West sowie Innenstadt und Peripherie,
- verändertes Wahlverhalten in Form einer hohen Anzahl an Briefwähler/-innen sowie im Längsschnitt sinkender Wahlbeteiligung.

#### **g) Zehn Jahre rot-rote Landesregierung in Berlin und DIE LINKE bis 2016**

Mit der Abgeordnetenhauswahl 2011 geht ein rot-rotes Jahrzehnt zu Ende. Versetzt man sich noch einmal in die wechselhafte Zeit des Jahres 2001 zurück, hätten vermutlich nur wenige Beobachter/-innen der politischen Szene Berlins damals vermutet, dass ein Bündnis aus SPD und PDS überhaupt gebildet und dann noch so lange stabil und über lange Zeit erfolgreich regieren könnte.

Die SPD, die seit der Vereinigung Berlins ein Kümmerdasein an der Seite einer dominierenden CDU fristete und mit den 22,4% der AGH-Wahl des Jahres 1999 genau 20,3% unterhalb ihres Stimmenergebnis des Jahres 1979 lag, nutzte im Frühjahr 2001 das »window of opportunity« der sich zum Berliner Bankenskandal ausweitenden CDU-Spendenkrise, um die Koalition aufzukündigen. Da die drei Parteien links der Union bereits seit 1995 über eine parlamentarische Mehrheit verfügten, konnte bis zu den vorgezogenen Neuwahlen eine rot-grüne Minderheitsregierung unter Tolerierung der PDS gebildet werden.

Ausgestattet mit einer ausreichenden Mehrheit aufgrund eines deutlichen Stimmenzuwachses von SPD und PDS bei der Wahl im September 2001<sup>25</sup> sowie im Ergebnis gescheiterter Ampel-Koalitionsverhandlungen bildeten SPD und PDS im Januar 2002 die erste rot-rote Landesregierung Berlins.

War dieses Bündnis damals noch in den Augen einiger „das größte politische Experiment seit der Wiedervereinigung“<sup>26</sup>, konstatierten andere fünf Jahre später, dass dieses Bündnis „die erste marktwirtschaftlich orientierte Stadtregierung“<sup>27</sup> sei, angetreten, „die nach Jahr-

---

<sup>22</sup> Oskar Niedermayer/Richard Stöss 2007, Die Berliner Abgeordnetenhauswahl vom 17. September 2006: Ein „Weiter so“ trotz herber Verluste des Koalitionspartners, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl), S. 94.

<sup>23</sup> Dieser Innenstadtring umfasst rund 80 km<sup>2</sup> und rund eine Million Einwohner/-innen des Berliner Stadtgebietes – Anm. B.-I. Hoff.

<sup>24</sup> Niedermayer/Stöss 2007, ebd.

<sup>25</sup> Vgl. Oskar Niedermayer/Richard Stöss 2002, Die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus vom 21. Oktober 2001: Regierungswechsel nach vorgezogenen Neuwahlen, in: ZParl, Heft 2, S. 244-261.

<sup>26</sup> Stefan Berg et al 2001, Die neue Farbenlehre, in: Der Spiegel, Nr. 50, zit. in: Niedermayer/Stöss 2007, S. 84.

<sup>27</sup> Walter Wüllenweber/Eva Häberle 2006, Hauptstadt mit Hartz, in: Der Stern Nr. 38, zit. in: Niedermayer/Stöss 2007, S. 84.

*zehnten der Teilung und großkoalitionärer Stillstandspolitik heruntergewirtschaftete Hauptstadt und vor allem deren Haushalt zu sanieren*<sup>28</sup>.

Trotz der dabei erzielten Erfolge musste die Linkspartei.PDS in den darauffolgenden Wahlen des Jahres 2006 damit rechnen, an die mit Gregor Gysi erreichten 22,6%, in denen sich der prominente Spitzenkandidat, der Bankenskandal der CDU und SPD sowie die Ablehnung des kurz nach dem 11. September 2001 begonnenen Afghanistan-Krieges widerspiegeln, nicht wieder anknüpfen zu können.

Ohne Gysi, gegen die WASG Berlin und basierend auf einer verbreiteten Enttäuschung der linken Wähler/-innen erreichte die Linkspartei.PDS bei der Wahl 2006 ein Ergebnis von 13,4% und sank damit auf ein Niveau etwas unterhalb des Status von 1995.

Obwohl ein Bündnis auch mit den Grünen möglich gewesen wäre, entschied sich der SPD-Landesvorstand einstimmig dafür, die Koalition mit der Linkspartei.PDS fortzusetzen, die ihrerseits nach einer kritischen internen Debatte entschied, das LINKE Profil künftig stärker betonen zu wollen ohne die Koalition zu einem Schauplatz dauerhafter Scharmützel zu machen.

Diese Strategie erzeugte zumindest stadtpolitisch eine Reihe von Erfolgen, wie z.B.:

- die Schaffung von rund 118.000 neue sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen seit 2005 und über 7.000 Stellen im Öffentlich geförderten Beschäftigungssektor ÖBS sowie die Stabilisierung des Öffentlichen Dienstes bei rund 100.000 Stellen,
- die Einführung eines Vergabegesetzes, das den Mindestlohn als Bedingung vorschreibt,
- die Durchführung einer Bildungsreform, in deren Folge die Hauptschule abgeschafft, an Sekundarschulen und Gymnasien das Abitur möglich ist sowie an 17 Schulen das gemeinsame Lernen bis zur 10. Klasse ermöglicht wurde,
- der Zwangsumzug von ALG-II-Empfänger/-innen weitgehend verhindert und mit der Einführung des BerlinPasses Hartz-IV-Empfangende der Zugang zu ÖPNV, Kultureinrichtungen etc. preiswert ermöglicht wurde.

Haushaltspolitisch gelang es bis zur internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise nicht nur die Aufnahme von neuen Schulden zu vermeiden, sondern Schulden abzubauen und im Hinblick auf die Öffentlichen Unternehmen zu deren Stabilisierung beizutragen, Privatisierungen zu verhindern und insgesamt den politischen Diskurs in Richtung Re-Kommunalisierung zu verändern.

Gleichzeitig ist zu konstatieren: *„Rot-rot spiegelte die gesellschaftlichen und sozialen Spaltungen der Stadt – sowohl West-Ost als auch Oben-Unten – wider und half allein dadurch schon mit, sie ein Stück weit zu überwinden. Das heißt aber auch: Je stärker der West-Ost-Konflikt von anderen Fragen überlagert wurde, desto überflüssiger begann diese Koalition zu werden.*<sup>29</sup>

Neben vielen Erfolgen ist es der Koalition insgesamt nicht gelungen, den Ursachen von Segregation und ansteigendem Mietniveau als einem Beispiel von Exklusion, verstanden als soziale Ausgrenzung ausreichend entgegenzuwirken. Folglich ein Projekt der Inklusion für diejenigen gesellschaftlichen Gruppen zu formulieren und politisch umzusetzen, die sukzessive aus der Beteiligung an Wirtschaft, Arbeit, Bildung, Kultur und sozialer Teilhabe ausgeschlossen werden. Hinzu kommt das Versäumnis der SPD, durch ihre ablehnende Haltung dafür Sorge getragen zu haben, dass Berlins Regierung den Herausforderungen und vielfach auch Erwartungen an eine moderne und großstädtische Klimaschutz- und Energiepolitik nicht ausreichend Rechnung trug.

---

<sup>28</sup> Christoph Seils 2006, Liebling Wowi, in: ZEIT online vom 28. August d.J., zit. in: Niedermayer/Stöss 2007, S. 84.

<sup>29</sup> Stefan Hebel 2011, Rot-Grün im Bund ist noch fern, fr-online vom 18.09.2011.

Nach zehn Jahren kann DIE LINKE mit einer guten Portion Stolz zurück auf das Erreichte blicken. Durch sie ist die Stadt schneller zusammengewachsen und hat ein gerechteres Aussehen erhalten. Es spricht für DIE LINKE, dass sie die Notwendigkeit eines rot-roten Projektes der gesellschaftlichen Integration und Teilhabe sozial ausgegrenzter Gruppen, zu denen weit mehr als die Zuwanderinnen und Zuwanderer gehören, erkannt hat und an der Formulierung von Antworten auf diese drängenden Fragen arbeitete.

Die SPD profitierte im Wahlkampf von gemeinsamen rot-roten Projekten und Erfolgen, die oft nur durch Druck der LINKEN zustande gekommen sind (ÖBS, Gemeinschaftsschulprojekte, Ansiedlung, Arbeitsplätze).

Wenn eine politische Koalition zur Neige geht, wird dies nicht selten damit begründet, der Vorrat an Gemeinsamkeiten sei erschöpft. Im Falle des Rot-Roten-Regierungsbündnisses in Berlin stimmt dies nicht. Das Ende dieser Koalition liegt im Absinken des kleineren Koalitionspartners unter die für die Mandatssicherung notwendige Grenze, die durch den größeren Koalitionspartner, anders als 2006, nicht aufgefangen werden konnte.

Nun besteht die Aufgabe der LINKEN darin, aus der Opposition heraus darum zu kämpfen, dass die von ihr durchgesetzten Errungenschaften auch von einem neuen Senat fortgeführt werden. Ein erneuer Einzug der LINKEN in den Senat im Jahre 2016 ist keineswegs ausgeschlossen. Für eine langwierige, zermürende Selbstbeschäftigung besteht kein Grund.

## **h) Perspektiven rot-grüner Landespolitik in Berlin**

Es gehört zu den Paradoxien des föderalen Parteien- und Wahlsystems in Deutschland, dass die Alternative Liste (AL) bzw. die Grünen in Berlin zwar seit 1981 ununterbrochen dem Abgeordnetenhaus von Berlin angehören, seit 1985 um die zehn und mehr erreichen und dennoch bislang gerade einmal knapp eineinhalb Jahre einer Landesregierung angehörten.

Der Eintritt der PDS in das von Westberlin auf die gesamte Stadt übertragene Parteiensystem ist sicherlich ein wesentlicher Faktor für diese machtpolitische Abstinenz der Grünen und dennoch nicht ausreichende Erklärung.

Das kurzzeitigen Bündnis beider Parteien im Sommer und Herbst 2001 hatte wiederum zu wenig Spuren hinterlassen um nachhaltig wirksam zu sein. Ihm haftete seit Beginn die Aura einer Zwischenlösung an. Ohne die Möglichkeit für die Grünen, im Senat eine eigene Handschrift zu entwickeln bzw. sich und ihr Spitzenpersonal profilieren zu können, entschieden die Berliner/-innen, eine rot-grüne Perspektive für mindestens weitere fünf Jahre ins „Wartezimmer der Macht“<sup>30</sup> zu verbannen.

Worin erklärt sich also z.B. die Entscheidung der SPD, im Jahre 2006 lieber mit der LINKEN als mit dem quasi natürlichen Partner, den Grünen, zu regieren?

Die gern gebrauchte Behauptung, dass die SPD in der LINKEN den bequemeren Koalitionspartner gesehen habe, ist unseres Erachtens eine verkürzte Sichtweise. Denn möglicherweise ist es weniger die vermutete Unlust der LINKEN, aus Gründen der Machtfixierung, Konflikte mit der SPD zu vermeiden, als vielmehr der Mangel an akkumulierten Enttäuschungserfahrungen, wie sie das rot-grüne Verhältnis unter dem Stichwort „Koch-Kellner-Verhältnis“ prägen, die in den vergangenen zehn Jahren für ein vergleichsweise geräuschloses rot-rotes Regieren sorgten.

Es scheint, als ob das Verhältnis zwischen SPD und Grünen in Berlin unterschwellig noch immer von den nachwirkenden Erfahrungen des rot-grünen Momper-Senats geprägt ist. Bezeichnender Ausdruck dessen ist ein Artikel in der taz von Christian Semler, veröffentlicht nur vier Tage vor der Abgeordnetenhauswahl 2011, unter der Zwischenüberschrift „Als Rot-Grün Berlin regierte“. Semler beschreibt die grüne Erinnerung an diese Zeit mit den Worten: „Dominant aber war bei der Selbsteinschätzung der AL-Aktivisten das Gefühl, eine Serie von

---

<sup>30</sup> Bernd Ulrich/Matthias Geis 2003, Die verspätete Generation, in: DIE ZEIT vom 28.05.2003.

*Niederlagen erlitten zu haben, faulen Kompromissen zustimmen zu müssen, eben den Kröten, die es zu schlucken galt (...) Mit dem Fall der Mauer stieg Walter Momper von einem Provinzpolitiker zu einer der populärsten politischen Figuren auf. Jetzt war er "König Momper" mit dem roten Schal, bereiste die Hauptstädte der östlichen wie der westlichen Hemisphäre und regierte selbstherrlich mit Unterstützung seines Küchenkabinetts. (...) Momper fuhr Schlitten mit der AL.<sup>31</sup>*

Auch wenn Semler das letztliche Scheitern der AL in der Koalition nicht zuletzt den damals geltenden innergrünen Entscheidungsfindungsprozessen und der Unfähigkeit der AL, auf die Implosion der DDR zu reagieren, zuschreibt, könnte diese Erinnerung für den schalen Geschmack verantwortlich zu sein, den Sozialdemokrat/-innen und Grüne zu schmecken scheinen, wenn die Machtfrage tatsächlich im Raum steht.

Die Grünen haben aus dieser Erfahrung bereits frühzeitig begonnen, eine ambivalente „Strategie der Äquidistanz“ zu kommunizieren. Ambivalent, weil die eingenommene Haltung, die Grünen hätten in Berlin den gleichen Abstand zu SPD, CDU wie auch zur PDS bzw. den heutigen LINKEN weder mit der koalitionspolitischen Haltung der eigenen Anhänger/-innenschaft korreliert noch mit den Aussagen des grünen Spitzenpersonals.

Die sozialdemokratische Zurückweisung des Jahres 2006, die Bildung der ersten Jamaika-Koalition im Saarland und des schwarz-grünen Bündnisses in Hamburg führte in Verbindung mit der Schwäche der SPD im Bund bei den Berliner Grünen zu einer Strategieformulierung, in der Rot-Grün endgültig zu einem technischen Zweckbündnis auf Zeit heruntergestuft wurde. Mit den Worten von Fritz Kuhn: *„Ich möchte, daß die Grünen langfristig mehr Optionen haben. (...) Ich will, daß Koalitionen nicht mehr so aufgeladen werden zu vermeintlichen Epochen. Koalitionen sind Zweckbündnisse auf Zeit. Deshalb müssen auch wir Grünen ein bißchen das überkommene Lagerdenken überwinden.“<sup>32</sup>*

Genau diese aus der Enttäuschung über die SPD entstandene Dominanz der Koalitionstaktik, die im Widerspruch zur Koalitionsempathie der Grünen Anhänger/-innenschaft steht, könnte jedoch auch Ursache für das deutlich unter den Erwartungen der Grünen liegende Wahlergebnis sein. Hebel formuliert, ausgehend von den nicht erledigten Aufgaben der rot-roten Koalition, in der Frankfurter Rundschau folgende Empfehlung an die Berliner Grünen:

*„Die rot-grüne Alternative kann nur in einem überzeugenden Entwurf bestehen, unter dem Obertitel „Integration“. Die gesellschaftlichen Spaltungen sind ja nicht verschwunden nach zehn Jahren rot-rot, sie haben sich verändert. (...) Die Grünen haben – auf sehr hohem Niveau – auch deshalb enttäuscht, weil Renate Künast sich lange nicht entscheiden mochte, dieses moderne sozialliberale Projekt dem schwarz-grünen Bürgerbündnis der Arrivierten vorzuziehen. (...) Die Grünen sollten einsehen: So modern die Union sich hier und da gibt, so wenig ist Integration im Großen mit ihr zu machen. Wenn Rot und Grün im Bund es ohne Linke schaffen wollen, müssen sie dem schwarz-gelben Chaos und zugleich dem „Weg mit Hartz IV“ eine umfassende Idee von neuer Sozialpolitik entgegensetzen.“<sup>33</sup>*

## **i) Das Wahlsystem Berlins**

Berlin ist Land und Kommune zugleich. Bei den Berliner Wahlen werden das Landesparlament, das Abgeordnetenhaus von Berlin, sowie die Bezirksverordnetenversammlungen, also die Kommunalparlamente der zwölf Berliner Bezirke, grundsätzlich gemeinsam gewählt. Beendet das Landesparlament die Wahlperiode vorzeitig, endet grundsätzlich auch die Wahlperiode der Bezirksverordnetenversammlungen, da beide Wahlperioden miteinander verknüpft sind.

---

<sup>31</sup> Christian Semler 2011, Lehrjahre des Krötenschluckens. Als Rot-Grün Berlin regierte, in: taz vom 14.09.2011.

<sup>32</sup> <http://www.fritz-kuhn.de/de/presse/2006/060407-Interview-HH-Abendblatt.shtml?navid=5>.

<sup>33</sup> Hebel 2011, <http://bit.ly/ohEoZB>.

Hinsichtlich der Wahrnehmung des Wahlrechts unterscheiden sich die Landes- und die Bezirksebene. Während bei den Bezirkswahlen bereits 16- und 17-Jährige wählen dürfen, ist bei den Abgeordnetenhauswahlen das aktive und passive Wahlrecht an die Erreichung des Mindestalters von 18 Jahren gebunden. Bürgerinnen und Bürger aus EU-Mitgliedsstaaten haben das Wahlrecht für die Bezirksverordnetenversammlungen.

Die gesetzliche Zahl der Mandate liegt bei nunmehr 130 (1990: 200; 1995: 150), von denen 78 (1995: 90) Mandate in Einerwahlkreisen nach relativer Mehrheitswahl und die restlichen über geschlossene Listen vergeben werden.<sup>34</sup>

Die Parteien können selbst entscheiden, ob sie ihre Listen als Landeslisten oder auf bezirklicher Ebene als Bezirkslisten aufstellen. Verschiedene Versuche, eine landeseinheitliche Regelung zur Aufstellung von Landes- statt Bezirkslisten gesetzlich festzulegen scheiterte jeweils am Widerstand von „Bezirksfürst/-innen“ innerhalb von SPD und CDU – sehr zum Leidwesen der jeweiligen Landesparteiführung, die sich von Landeslisten eine höhere Steuerungsmöglichkeit hinsichtlich der Zusammensetzung der Landesliste und damit der künftigen Abgeordnetenhausfraktion verspricht.

Die Verteilung der Sitze und die Zuteilung der Mandate erfolgen in einem zweistufigen Verfahren: „Von den Parteien aufgrund ihrer Stimmenanteile zustehenden Sitze werden die in den Wahlkreisen direkt gewonnenen Mandate abgezogen: die Verteilung der listenmandate erfolgt dann gemäß den Stimmenanteilen auf Bezirksebene bzw. über den Landeslistenvorschlag“.<sup>35</sup>

Überhangs- und Ausgleichsmandate sind zulässig und führen jeweils zu einem Parlament mit mehr als der gesetzlich vorgesehenen Mindestzahl der Abgeordneten. Denn Überhangmandate werden so lange ausgeglichen, bis die Mandatsverteilung den Stimmenanteilen entspricht.<sup>36</sup>

Für die Feststellung, ob eine Partei die Fünf-Prozent-Hürde überspringt werden in Berlin auch die ungültigen Stimmen einbezogen.<sup>37</sup> Nachdem der Berliner Verfassungsgerichtshof die Sperrklausel von 5% für die Bezirksverordnetenversammlungen für verfassungswidrig erklärte, gilt seit 2005 eine 3%-Sperrklausel.<sup>38</sup>

---

<sup>34</sup> <http://www.wahlrecht.de/landtage/berlin.htm>.

<sup>35</sup> Reutter 2004, S. 114f.

<sup>36</sup> Reutter 2004, S. 115.

<sup>37</sup> <http://www.wahlrecht.de/landtage/berlin.htm>.

<sup>38</sup> Ulrich Zawatka-Gerlach 2011, Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin und zu den Bezirksverordnetenversammlungen am 18. September 2011, Berlin, S. 33.



## IV. Erkenntnisse der Vorwahl- und Wahltagsbefragungen

### a) Die Parteien im Spiegel der „Sonntagsfragen“

Während in manchen Flächenländern alle Jubeljahre eine Umfrage veröffentlicht wird, in der die Wahlberechtigten gefragt werden, für welche Partei sie stimmen würden, wäre am Sonntag Landtagswahl, erscheint in Berlin monatlich mindestens eine solche Umfrage. So überrascht es nicht, dass allein im Wahljahr 2011 insgesamt 31 solche Umfragen veröffentlicht wurden, davon allein zehn in den Monaten August und September.<sup>39</sup>

Angesichts dieser Menge an Daten bietet es sich an, eine Längsschnittbetrachtung der Parteien vorzunehmen, indem die Durchschnittswerte der Berliner Parteien verglichen werden.

Die SPD erreichte in den 31 Umfragen des Jahres 2011 einen Durchschnittswert von 30,2% und lag damit - unabhängig von den temporären Spitzen der Grünen – vor allen anderen Parteien.

DIE LINKE musste bei einem Durchschnittswert von 12,2% davon ausgehen, dass sie Mühe haben würde, das Wahlergebnis von 2006 erneut zu erreichen. Eine rot-rote Koalition rechnerisch möglich war zuletzt im Juli 2011 – setzte jedoch ein Vierparteien-Parlament voraus.

Die Grünen übersprangen in den Monaten April und Mai 2011 die 30%-Grenze in den Umfragen, dies war ihnen erstmals im Oktober 2010 gelungen. Die SPD zu überholen gelang ihnen im Verlauf des Jahres 2011 viermal, einmal lagen sie mit der SPD gleichauf. Seit Juli 2010 lagen sie zehnmal vor der SPD und dreimal gleichauf. Obwohl die Grünen also mit einem erheblichen Stimmenzuwachs rechnen konnten, wuchsen sowohl im Längsschnitt des Jahres 2011 als auch zum Ende des Wahlkampfes die Bäume nicht in den Himmel, sondern lagen die Grünen-Werte bei 24,1%.

Tabelle: Die Ergebnisse der „Sonntagsfrage“ für die AGH-Wahl 2011 seit August 2011

	Zeitraum der Umfrage	SPD	CDU	Grüne	LINKE	Piraten	FDP
Info GmbH	05.-11.09.11	31	22	18	12	9	2
Infratest-dimap	06.-08.09.11	29,5	22	20	11	6,5	3
FGW	05.-08.09.11	32	21	19,5	11	5	3
Emnid	29.08.-01.09.11	32	23	20	11	4	4
Forsa	05.-30.08.11	32	21	19	11	5	4
Infratest-dimap	26.-29.09.11	30	22	22	11	4,5	3
Emnid	22.-25.08.11	33	24	19	11	4	5
FGW	22.-25.08.11	33	20,5	20,5	10,5	4,5	3,5
Info GmbH	08.-12.08.11	36	23	22	8	4,5	2
Infratest.dimap	05.-08.08.11	31	22	22	12	3	4

Quelle: Tagesspiegel vom 16.09.2011

Für die CDU standen zwei Ziele im Vordergrund: Keinesfalls wie in Bremen nach den Grünen drittstärkste Partei werden und die Chance auf eine Regierungsbeteiligung, ob mit den Grünen oder der SPD, wahren. Mit einem Durchschnittswert von 20,5% war die Ausgangsbasis dafür nicht immer optimal. Dem Absinken der Grünen verdankt die Union die Gewissheit, beide Ziele umsetzen zu können.

<sup>39</sup> <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/berlin.htm>

Die Liberalen wurden seit Juni 2010 nur ein einziges Mal bei 5% gesehen, in allen anderen Umfragen erreichten sie Werte zwischen 2% und 4%. Im Gesamtschnitt des Jahres 2011 erreichten sie 3,1%. Ihr Ausscheiden aus dem Abgeordnetenhaus war absehbar.

## b) Die wichtigsten Probleme in Berlin / Wahlentscheidende Themen

Der allgemein als überwiegend inhaltlich konturlos und auf die zunehmend an Spannung verlierende Frage nach der Möglichkeit einer rot-grünen oder grün-schwarzen Koalition fixierte Wahlkampf wartete, wenn überhaupt mit den Themen Innere Sicherheit am Beispiel der Kette von Autobränden und Perspektiven des sozialen Wohnungsbaus auf.

**Tabelle: Wahlentscheidende Themen in Berlin 2011**

	Berlin		West	Ost
Soziale Gerechtigkeit	36	Wirtschaft	29	30
Wirtschaftspolitik	30	Arbeit	16	21
Bildungspolitik	27	Soziale Gerechtigkeit	33	40
Arbeitsmarktpolitik	18	Mieten	12	14

Quelle: Infratest-dimap

Nach Angaben der Forschungsgruppe Wahlen waren die wichtigsten Probleme in den Augen der Berliner Wahlberechtigten:

- Schule / Bildung 34%
- Arbeitsplätze 28%
- Kriminalität 24%
- Mieten/Wohnungsmarkt 13%
- Ausländer/Integration 11%.

### **Bedeutung des Themenfeldes Sozialer Wohnungsbau**

Im BerlinTREND vom Februar des Jahres 2011<sup>40</sup> fragte Infratest-dimap, welches der beiden Ziele die Politik beim Wohnungsbau und der Stadtentwicklung vorrangig verfolgen sollte.

Nur 16% der Befragten sprachen sich dafür aus, dass der Senat sich für den Verkauf und die marktgerechte Vermietung von städtischen Wohnungen und Flächen einsetzen sollte, um den Haushalt zu sanieren. Demgegenüber plädierten 83% der Befragten dafür, dass der Senat für die Bereitstellung von bezahlbaren Wohnungen in allen Stadtteilen sorgen sollte, um eine gute soziale Durchmischung der Bevölkerung zu sichern.

Denn nach mehrheitlicher Auffassung (48%) der in der gleichen Umfrage Befragten, „ist die soziale Durchmischung in den Berliner Stadtteilen in den letzten Jahren alles in allem“ schlechter geworden. Nur 12% vertraten die Meinung, dass es diesbezüglich besser geworden sei, während ein Drittel (33%) angab, dass sich nicht viel geändert habe.

Über ein Drittel der Befragten (39%) gaben an, dass ihre Kaltmiete in den vergangenen 12 Monaten erhöht worden sei, während dies 59% verneinten. Ein noch höherer Anteil von 43% erwarteten eine steigende Kaltmiete in den kommenden 12 Monaten, während 53% nicht davon ausgingen.

Knapp ein Fünftel der Berliner Wahlberechtigten (18%) hatten gemäß dieser Umfrage bereits darüber nachgedacht, „innerhalb von Berlin umzuziehen, weil ihre Miete zu hoch geworden

<sup>40</sup> <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/berlin/laendertrend/2011/februar/>



ist“, ein Zehntel (10%) hatte diesen Schritt bereits vollzogen während 72% dies für sich bislang nicht in Erwägung gezogen hatten.

### c) Parteienkompetenzen

Die Forschungsgruppe Wahlen (FGW) veröffentlichte am Wahlabend einige ausgewählte Daten zu den Kompetenzen der Parteien SPD, CDU, Grüne und LINKE, bei der Lösung von Problemen.

**Tabelle: Welche Partei löst die Probleme am besten**

	SPD	CDU	Grüne	LINKE
Schule / Bildung	23	20	20	11
Arbeitsplätze schaffen	28	24	9	6
Kriminalität bekämpfen	19	27	4	3
Finanzen	25	25	7	3
Soziales	37	14	15	15
Wirtschaft voranbringen	28	24	6	4
im Bereich Integration	27	16	19	8
Die Zukunftsprobleme lösen	28	19	11	4

Quelle: FGW für ZDF, 18.09.2011

Die Themenfelder Soziale Gerechtigkeit und Bildungspolitik nahmen in den Augen der Wähler/-innen eine große Bedeutung ein. Umso interessanter, wie die möglichen Regierungsparteien SPD und Grüne im direkten Vergleich abschneiden. In beiden Feldern verfügt die SPD in den Augen der Wähler/-innen über eine höhere Kompetenz. Bei der sozialen Gerechtigkeit erreichen die Sozialdemokrat/-innen 39%, die Grünen 13%, bei der Bildungspolitik 29% im Vergleich zu 19%.

### d) Das Image der Parteien

**Tabelle: Image der SPD, der FDP und der Piraten-Partei in Berlin 2011**

	SPD	FDP	Piraten
In Berlin wählen deshalb viele SPD, weil es keine Alternative gibt	61		
Hat es in zehn Jahren nicht geschafft, die größten Probleme zu lösen	59		
Wowereit hat dafür gesorgt, dass Berlin wieder angesagt ist	69		
Ihr fehlen gute Politiker an der Spitze		83	
Ist zu zerstritten, um ernsthaft Politik mitgestalten zu können		75	
Wird in Berlin nicht gebraucht.		65	
Die Bundes-FDP ist mit ihrer Führung auf dem richtigen Weg		14	
Wird gewählt, um anderen Parteien einen Denkzettel zu verpassen			69
Ist eine Alternative für die, die sonst gar nicht wählen gehen würden			63
Ich fände es gut, wenn sie im Abgeordnetenhaus vertreten wäre			38

Quelle: [www.wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen](http://www.wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen)

Die vorstehende Tabelle gibt einen Überblick über das Image ausgewählter Parteien bei den Wahlberechtigten. Die Ansichten, die von den Befragten am häufigsten über die einzelnen Parteien geäußert wurden, wurden von den Wahlforschern in Hauptaussagen zusammengefasst

## e) Keine Wechselstimmung / Koalitionspräferenzen

Mit der Arbeit von Klaus Wowereit waren 67% der Befragten einverstanden, selbst 38% der CDU-Anhänger. Auch 83% der Anhänger/-innen der LINKEN vertraten diese Auffassung.

**Tabelle: „Klaus Wowereit macht seine Sache eher gut“ – nach Parteianhänger/-innen**

alle	SPD	CDU	Grüne	LINKE	Piraten
67	91	38	68	83	63

Während DIE LINKE mit einem Wert von -0,7 ein vergleichsweise schlechtes Image hat, bewerten die Wahlberechtigten Berlins die SPD und Grüne als einzige Parteien positiv.

**Tabelle: Bewertung von Parteien auf der Skala +5 bis -5**

SPD	CDU	Grüne	LINKE	FDP	Piraten
1,6	-0,3	0,6	-0,7	-2,4	-0,7

Anders als bei der Abgeordnetenhauswahl 2006 zeichnete sich in den Koalitionspräferenzen bereits seit geraumer Zeit eine deutliche Mehrheit für ein rot-grünes Bündnis heraus, während eine Fortsetzung der rot-roten Koalition auf dem dritten Platz rangierte. Knapp die Hälfte befürwortete gegenüber der Forschungsgruppe Wahlen ein Bündnis aus SPD und Grünen – bei Infratest-dimap lag dieser Wert mit 58% sogar oberhalb der 50%-Marke.

Forschungsgruppe Wahlen			Infratest-dimap	
Eine Koalition aus ... fänden			Welche Koalition ist gut für Berlin	
	gut	schlecht		
SPD - Grüne	49	34	Rot-Grün	58
SPD - CDU	33	51	Rot-Schwarz	35
SPD - LINKE	29	50	Rot-Rot	32

## f) Kleiner Regierungswechsel unter Führung der SPD

Auch wenn ein möglicher Regierungswechsel auf Bundes- oder Landesebene nur selten so eindeutig wie bei der Landtagswahl in Hamburg 2011 bereits im Vorfeld feststeht, lässt sich anhand des Indikators „Zustimmung zur Regierung“ der jeweiligen Gebietskörperschaft bereits ermitteln, ob eine potenzielle Wechselstimmung vorliegt oder nicht.

Inwieweit eine Wechselstimmung tatsächlich wirksam werden kann, hängt ihrerseits erheblich vom Grad der Wahlbeteiligung ab, also davon, wie viele der Wahlberechtigten ihrem Wechselwunsch durch Stimmabgabe Ausdruck verleihen.

Die nachstehende Tabelle zeigt den Grad der vor einer Wahl ausgedrückten Zufriedenheit mit der jeweils amtierenden Regierung und setzt diese, in Verbindung mit dem Indikator Wahlbeteiligung, ins Verhältnis zu den jeweils stattgefundenen Regierungskontinuitäten bzw. -wechseln. In den ersten drei Spalten werden, differenziert nach Land bzw. Bund und Wahljahr, die von Infratest-dimap erhobenen Zufriedenheitswerte aufgeführt. Als Zufriedenheitswert gilt die Summe der Zustimmung zur Aussage „Mit der Tätigkeit der Regierung bin ich sehr zufrieden“ oder „Mit der Tätigkeit der Regierung bin ich zufrieden“. Die vierte Spalte enthält den Wert der jeweiligen Wahlbeteiligung. Die nächsten drei Spalten stellen für die betreffende Gebietskörperschaft dar, ob es einen Regierungswechsel gab oder nicht.

Wir differenzieren hinsichtlich des Wechsels einer Regierung zwischen drei Varianten:

- Einem großen Regierungswechsel. Dies ist entweder der komplette Austausch der die Regierung stellenden Parteien oder ein signifikanter Wechsel der politischen Regierungsprogrammik. In letztere Kategorie fällt der Wechsel der FDP 1982 von der sozial-liberalen Koalition unter Schmidt zur schwarz-gelben Koalition unter Kohl oder der Wechsel der Berliner SPD vom Bündnis mit der CDU zum rot-roten Senat 2002.
- Dem kleinen Regierungswechsel, also dem Austausch eines der Regierungsparteien, wobei dies in der Regel den Verbleib der größeren Regierungspartei bedeutet, während der kleinere Partner ausgetauscht wird. Ein „kleiner Wechsel“ liegt jedoch auch dann vor, wenn die größere Regierungspartei des bisherigen kleineren Partners verlustig geht und allein weiter regieren kann. Das bestimmende Merkmal ist die Aufrechterhaltung der wesentlichen politischen Programmik der betreffenden Regierung.
- Kein Regierungswechsel liegt vor, wenn kein Austausch der die Regierung stellenden Parteien vorgenommen wird.

**Tabelle: Wechselstimmung, Wahlbeteiligung und Regierungswechsel**

Land	Wahljahr	Zufriedenheitswert (in %)	Wahlbeteiligung (in %)	Regierungswechsel			Erläuterung
				Großer Wechsel	Kleiner Wechsel	Kein Wechsel	
BY	2003	65	57,1			X	
RP	2006	60	58,2		X		
SL	2004	60	55,0			X	
BB	2009	59	67,0		X		
BW	2006	58	53,4			X	
SN	2009	58	52,2		X		
SN	2004	56	59,6			X	
MV	2011	51	52,0		noch offen		
RP	2011	55	61,8				
HE	2003	55	64,3		X		
NI	2003	52	65,1			X	
HH	2008	49	63,5		X		
NI	2008	52	57,1			X	
HH	2008	49	63,5			X	
ST	2011	48	51,2			X	
HE	1999	48	61,0	X			
BY	2008	48	57,9		X		
HB	2003	48	61,3			X	
SH	2005	48	66,5	X		X	Wechsel nach Simonis-Sturz
HB	2011	46	57,5			X	
SL	2009	43	67,6		X		
Bund	2009	43	70,8		X		
BW	2011	41	66,3	X			

**Tabelle: Wechselstimmung, Wahlbeteiligung und Regierungswechsel (Fortsetzung)**

Land	Wahljahr	Zufriedenheitswert (in %)	Wahlbeteiligung (in %)	Regierungswechsel			Erläuterung
				Großer Wechsel	Kleiner Wechsel	Kein Wechsel	

TH	2004	41	53,8		X		
NW	2005	41	67,3	X			
TH	2009	40	56,2		X		
HH	2004	39	68,7	X			
HE	2009	39	61,0			X	
HB	2007	38	57,6	X			
BE	2006	38	58,0			X	Grüne und LINKE gleichauf
MV	2006	37	59,1		X		
ST	2006	36	44,4		X		
NW	2010	36	59,3	X			Minderheitsregierung
HE	2008	36	64,3	X			
BB	2004	35	56,4		X		
NI	2003	34	67,0	X			
SH	2009	29	73,6			X	Politisches Patt
Bund	2005	25	77,7	X			

\* Zufriedenheitswert = die Summe aus „sehr zufrieden“ und „zufrieden“ / Quelle: Infratest-dimap, verschiedene Ausgaben des WahIREPORT / eigene Zusammenstellung.

## V. Auswirkungen auf den Bundesrat

Von der Abgeordnetenhauswahl in Berlin werden keine Auswirkungen auf den Bundesrat ausgehen. Vielmehr werden von dem Ausgang der Sondierungsgespräche in Mecklenburg-Vorpommern Auswirkungen auf die Stimmverhältnisse im Bundesrat ausgehen.

**Tabelle: Bundesratszusammensetzung nach dieser Landtagswahl**

Land	Zahl	Schwarz -Rot Große Koalition	Rot- Schwarz Koalition	Schwarz -Gelb	SPD- Allein	Rot-Rot	SPD- Grüne Rot-Grün	Grüne- SPD	Jamaika
BW								6	
BY	6			6					
BE	4					4			
BB	4					4			
HB	3						3		
HH	3				3				
HE	5			5					
MV	3	noch offen ob rot-schwarz oder rot-rot							
NI	6			6					
NW	6						6		
RP	4						4		
SL	3								3
SN	4			4					
ST	4	4							
SH	4			4					
TH	4	4							
<b>Gesamt</b>	<b>69</b>	<b>8</b>	<b>3</b>	<b>25</b>	<b>3</b>	<b>8</b>	<b>13</b>	<b>6</b>	<b>3</b>
		<b>11</b>					<b>19</b>		

Sollte in Schwerin ein rot-rotes Bündnis gebildet werden, würde in diesem Falle das Mitte-Links-Lager, das bis zur Wahl in MV über dreißig Sitze verfügte, um drei weitere Stimmen gestärkt.

Die bisherigen 30 Stimmen setzen sich zusammen aus:

- den rot-grün regierten Ländern Nordrhein-Westfalen (6), Baden-Württemberg (6), Rheinland-Pfalz (4) und Bremen (3),
- den rot-roten Ländern Berlin und Brandenburg (jeweils 4) und
- der SPD-Alleinregierung in Hamburg (3).

Eine rot-rot-grüne Alternative zur schwarz-gelben Bundesregierung im Bundesrat setzt demnach eine Ablösung der schwarz-gelben Landesregierung in Schleswig-Holstein in acht Monaten und einen Verbleib Nordrhein-Westfalens im Mitte-Links-Lager, sofern es zwischen Rhein und Ruhr im Jahre 2012 zu einer vorgezogenen Landtagswahl kommen sollte, voraus.

Union und FDP verfügen bereits seit der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Mai 2010 im Bundesrat über keine Mehrheit mehr. Die von ihnen regierten Länder stellen seit den Wahlen vom 27. März dieses Jahres zusammen gerade noch 25 der insgesamt 69 Stimmen.

Das „neutrale“ Lager hat bislang 14 Stimmen inne. Diese beruhen auf jenen vier Bundesländern, die von Parteien regiert werden, die sich im Bund als Konkurrenten gegenüberstehen: die CDU/SPD-Koalitionen in Sachsen-Anhalt und Thüringen, die SPD/CDU-Regierung in Mecklenburg-Vorpommern und das Jamaikabündnis an der Saar. Ein Wechsel in Schwerin würde zu einer Reduzierung um drei Stimmen führen.



## VI. Erste Analyse der Wahlergebnisse

### a) Die Wähler/-innenwanderung<sup>41</sup>

Infratest-dimap hat auch bei dieser Landtagswahl, auf der Basis der Nachwahlbefragungen, eine Schätzung der Wähler/-innenwanderungen vorgenommen. Die in der Wahlnacht vorliegenden Wanderungssalden, die gewöhnlich bis zur Veröffentlichung des WahlReports durch Infratest-dimap einer gewissen Veränderung unterliegen, machen deutlich, dass .

Die nachstehende Tabelle ist so zu lesen, dass von links nach rechts die jeweiligen Zu- und Abgänge von den Parteien bzw. den Nichtwähler/-innen zu den Parteien bzw. Nichtwähler/-innen dargestellt sind. Die Abgänge sind mit negativen Zahlenwerten gekennzeichnet (-).

Da eine Partei mit sich selbst keine Wähler/-innenwanderung erzeugen kann, sind die jeweiligen Kästchen leer.

**Tabelle: Wähler/-innenwanderung**

	SPD	CDU	Grüne	LINKE	Piraten	FDP	Andere	Nichtw.
SPD		-11.000	-15.000	-1.000	-13.000	8.000	5.000	5.000
CDU	11.000		1.000	2.000	-4.000	30.000	5.000	-3.000
Grüne	15.000	-1.000		2.000	-16.000	3.000	7.000	9.000
LINKE	1.000	-2.000	-2.000		-12.000	1.000	2.000	3.000
Piraten	13.000	4.000	16.000	12.000		6.000	21.000	21.000
FDP	-8.000	-30.000	-3.000	-1.000	-6.000		-5.000	-16.000
Andere	-5.000	-5.000	-7.000	-2.000	-21.000	5.000		-6.000
Nichtw.	-5.000	3.000	-9.000	-3.000	-21.000	16.000	6.000	

Quelle: [www.wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/](http://www.wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/) Zugriff: 19.09.2011, 01:47 Uhr.

Die Wähler/-innenwanderungstabelle zeigt, dass die SPD in großem Maße an die Piratenpartei sowie an CDU und Grüne aber immerhin auch 1.000 Wähler/-innen an den kleineren Koalitionspartner abgeben muss. Sie gewinnt 18.000 Wähler/-innen hinzu – dies entspricht jedoch nur dem Abgang an Piraten und Grüne, so dass ein negativer Saldo von 12.000 Stimmen entsteht.

Die Christdemokraten gewinnen mit Ausnahme der Piraten von allen Parteien. Sie geben 4.000 Wähler/-innen an die Piraten und 3.000 Wähler/-innen an das Nichtwählerlager ab.

Die Grünen verzeichnen die größten Stimmenverluste an die Piraten (16.000) und geben zudem noch an die CDU 1.000 Wähler/-innen ab. Diesem Verlust stehen jedoch Zugewinne von den bisherigen Regierungsparteien SPD und LINKEN in gleicher Höhe (17.000) gegenüber, so dass ein positiver Saldo von 21.000 Stimmen entsteht.

DIE LINKE wiederum gibt 16.000 Stimmen an Piraten (12.000) sowie Grüne und CDU ab. Sie kann 7.000 Wähler/-innen hinzugewinnen, davon unter anderem 3.000 aus dem Lager der Nichtwähler/-innen.

<sup>41</sup> Die Wähler/-innenwanderungsbilanz basiert auf den von Infratest-dimap für die ARD zur Verfügung gestellten Daten. „Bei dem Exit Poll von Infratest-dimap, werden die Befragten unmittelbar nach Verlassen des Wahllokals befragt, so dass die Erinnerung an die aktuelle Wahl nicht hinterfragt werden muss, die Rückerinnerung (allerdings wie in allen anderen Umfragen auch) fehlerhaft sein kann. Auch wenn die Daten die hier von Infratest-dimap vorgestellt werden (bezogen auf die reinen Nettozahlen) einer Fehlerquote unterliegen, so sind sie jedoch hinsichtlich der Richtung und der Größenverhältnisse der Austauschbewegungen zwischen den Parteien zuverlässig. Allein durch Größe der Umfrage kann die Datenqualität als sehr gut bewertet werden.“ Zitiert nach: Viola Neu 2010, Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen, 9. Mai 2010. Wahlanalyse, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Onlinepublikation, S. 11.

Die Piraten gewinnen naturgemäß Wähler/-innen aus allen Parteien sowie von den Nichtwähler/-innen, während die FDP allein 16.000 Wähler/-innen an die Nichtwähler/-innen und fast das Doppelte (30.000) an die CDU abgibt. Es zeigt sich auch hier, dass die Stimmen in Berlin überwiegend innerhalb der Lager Mitte-Rechts und Mitte-Links umverteilt werden – die Piraten zählen hierbei als Teil des Mitte-Links-Lagers.

## b) Wer wählte wen?

**Tabelle: Sozio-demographische Merkmale bei der AGH-Wahl 2011 (Infratest dimap)**

	SPD	CDU	GRÜNE	LINKE	Piraten
Wähler/-innen nach Geschlecht					
Männer	27	24	16	11	10
Frauen	31	24	20	11	6
Wähler/-innen nach Altersgruppen					
Erstwähler/-innen	24	17	17	8	14
18-24 Jahre	24	17	19	8	15
25-34 Jahre	26	16	23	8	15
35-44 Jahre	26	21	25	8	9
45-59 Jahre	28	22	21	12	7
60 und älter	35	33	9	14	3
Wähler/-innen nach Tätigkeiten					
Arbeiter	35	17	9	15	8
Angestellte	28	22	22	10	9
Selbständige	17	21	27	9	13
Rentner	35	31	10	15	3
Arbeitslose	27	13	13	16	11
Wähler/-innen mit Migrationshintergrund					
	33	20	21	8	7

**Tabelle: Sozio-demographische Merkmale bei der AGH-Wahl 2011 (FGW)**

	SPD	CDU	GRÜNE	LINKE	Piraten					
Wähler/-innen nach Geschlecht										
Männer	27	23	16	12	12					
Frauen	30	23	21	11	7					
Wähler/-innen nach Altersgruppen Berlin										
unter 30 Jahre	26	14	21	7	15					
30-44 Jahre	25	19	26	7	12					
45-59 Jahre	27	22	21	14	9					
über 60 Jahre	34	32	9	15	4					
Wähler/-innen nach Altersgruppen Berlin-West / Berlin-Ost										
	W	O	W	O	W	O	W	O	W	O
unter 30 Jahre	26	25	16	11	25	17	5	11	15	20
30-44 Jahre	25	25	22	13	29	24	4	12	11	15
45-59 Jahre	28	24	23	18	27	12	6	26	9	11
über 60 Jahre	33	36	41	15	12	6	4	35	5	4
Wähler/-innen nach Tätigkeiten										
Arbeiter	33	21	10	14	10					
Angestellte	30	23	18	13	8					
Beamte	21	38	22	7	4					
Selbständige	21	25	25	9	11					
Wähler/-innen nach Bildung										
Hauptschulabschluss	34	32	8	11	6					
mittlere Reife	29	27	11	11	8					
Abitur	27	19	22	10	13					
Hochschulabschluss	24	18	28	14	9					

### c) DIE LINKE bei der AGH-Wahl 2011

Das Wahlergebnis brachte für DIE LINKE das niedrigste Ergebnis im Ostteil der Stadt, welches sie, abgesehen von den Europawahlen, bisher erzielte. Der Stimmenanteil sank auf 22,6% und damit unter den Tiefpunkt der Bundestagswahl 2002. Gemessen an allen Wahlberechtigten erreicht DIE LINKE nur noch die Zustimmung von 12,9% aller Wahlberechtigten.

**Tabelle: Entwicklung der Zweitstimmen für DIE LINKE/PDS**

	BTW 1998	AGH-W 1999	AGH-W 2001	BTW 2002	BTW 2005	AGH-W 2006	BTW 2009	AGH-W 2011
Absolute Stimmen								
Berlin	263.337	276.869	366.292	212.642	303.630	185.185	348.661	170.829
Ost	230.862	235.890	297.251	182.268	225.063	149.985	238.238	133.068
West	32.475	40.979	69.041	30.374	78.552	35.200	110.423	37.621
Anteil West	14,1%	17,4%	23,2%	16,7%	34,9%	23,5%	46,3%	28,3%
Stimmenanteile								
Berlin	13,4%	17,7%	22,6%	11,4%	16,4%	13,4%	20,2%	11,7%
Ost	30,0%	39,5%	47,6%	24,6%	29,5%	28,1%	33,8%	22,6%
West	2,7%	4,2%	6,9%	2,7%	7,2%	4,2%	10,8%	4,3%
Stimmen im Verhältnis zu Wahlberechtigten								
Berlin	10,8%	11,5%	15,2%	8,7%	12,4%	7,6%	14,1%	6,9%
Ost	23,8%	24,5%	30,3%	18,3%	22,2%	14,8%	22,9%	12,9%
West	2,2%	2,8%	4,8%	2,1%	5,5%	2,5%	7,7%	2,6%

Im Westteil der Stadt verbessert sich die Partei auf niedrigem Niveau. Das Ergebnis im Westteil Berlins liegt dennoch deutlich unter dem Ergebnis in anderen westdeutschen Großstädten. Offensichtlich ist es der LINKEN nicht gelungen, über bestimmte linke Traditionsmilieus hinauszukommen, die Ergebnisse der beiden vorausgegangen Bundestagswahlen ließen sich nicht auf die Landespolitik übertragen – ein Phänomen, welches aus allen Landtagswahlen nach 2009 bekannt ist.

Aufgrund der großen Stimmenverluste im Ostteil der Stadt und eines leicht verbesserten Ergebnisses im Westen ist das Gewicht der westberliner Stimmenanteile auf einen bisherigen Höchststand bei Abgeordnetenhauswahl gestiegen (28,3%), bleibt aber deutlich unter dem Anteil bei Bundestagswahlen (zum Vergleich: der Anteil der Wahlberechtigten lag 2011 bei 58,1%, derjenige der Wähler/-innen bei 59,8%).

Der „Mobilisierungsgrad“ entspricht den Ergebnissen der letzten Landtagswahlen in anderen Bundesländern. Der LINKEN gelingt es schlechter als anderen Parteien – abgesehen von der FDP – ihr bei der Bundestagswahl realisiertes Wählerpotential auch bei Landtagswahlen zu erschließen. In Mecklenburg-Vorpommern waren es zuletzt etwa 50% der Stimmen bei Bundestagswahlen, in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg zwischen 30 und 40%, in Nordrhein-Westfalen 2010 55%. Zum Vergleich: Die Zahl der Wähler/-innen in Berlin lag 2011 bei 84,8% der Wähler/-innenzahl bei der Bundestagswahl 2009.

**Tabelle: LINKE-Stimmen bei AGH-Wahlen im Verhältnis zur vorhergehenden BT-Wahl**

	AGH-W 1999	AGH-W 2006	AGH-W 2011
Berlin	105,1%	61,0%	49,0%
Ost	102,2%	66,6%	55,9%
West	126,2%	44,8%	34,1%

## Anhang

Tabelle: Vorläufiges Endergebnis / Zweitstimmen bei der AGH-Wahl 2011 – Berlin Gesamt

Merkmal	AGH-Wahl 2011		AGH-Wahl 2006		Differenz	
	Absolut	in %	Absolut	in %	Absolut	in %- Punkten
Wahlberechtigte	2.469.702	X	2.425.480	X	44.222	X
Wähler	1.486.616	60,2	1.407.754	58	78.862	2,2
Gültige Stimmen	1.460.012	98,4	1.377.355	98	82.657	0,4
Ungültige Stimmen	23.947	1,6	28.241	2	-4.294	-0,4
SPD	413.124	28,3	424.054	30,8	-10.930	-2,5
CDU	340.992	23,4	294.026	21,3	46.966	2,1
GRÜNE	256.940	17,6	180.865	13,1	76.075	4,5
DIE LINKE	170.829	11,7	185.185	13,4	-14.356	-1,7
FDP	26.916	1,8	104.584	7,6	-77.668	-5,8
NPD	31.243	2,1	35.229	2,6	-3.986	-0,5
Tierschutzpartei	21.612	1,5	11.707	0,8	9.905	0,7
APPD	401	0	3.476	0,3	-3.075	-0,3
BüSo	1.686	0,1	2.335	0,2	-649	-0,1
ödp	1.932	0,1	986	0,1	946	0
PSG	1.687	0,1	565	0	1.122	0,1
Die PARTEI	12.846	0,9			12.846	0,9
B	671	0			671	0
BIG	8.008	0,5			8.008	0,5
pro Deutschland	17.829	1,2			17.829	1,2
DIE FREIHEIT	14.019	1			14.019	1
ddp	1.284	0,1			1.284	0,1
DKP	3.614	0,2			3.614	0,2
Konservative	2.334	0,2			2.334	0,2
FAMILIE	1.421	0,1			1.421	0,1
PIRATEN	129.795	8,9			129.795	8,9
UNABHÄNGIGE	829	0,1			829	0,1

**Tabelle: Vorläufiges Endergebnis / Zweitstimmen bei der AGH – Berlin Ost**

Merkmal	AGH-Wahl 2011		AGH-Wahl 2006		Differenz	
	Absolut	in %	Absolut	in %	Absolut	in %- Punkten
Wahlberechtigte	1.034.505	X	1.012.351	X	22.154	X
Wähler	597.525	57,8	544.933	53,8	52.592	4
Gültige Stimmen	587.661	98,5	533.971	98,1	53.690	0,4
Ungültige Stimmen	8.997	1,5	10.220	1,9	-1.223	-0,4
SPD	169.185	28,8	159.066	29,8	10.119	-1
CDU	83.218	14,2	60.611	11,4	22.607	2,8
GRÜNE	79.411	13,5	55.966	10,5	23.445	3
DIE LINKE	133.068	22,6	149.985	28,1	-16.917	-5,5
FDP	7.192	1,2	25.942	4,9	-18.750	-3,7
NPD	17.253	2,9	21.308	4	-4.055	-1,1
Tierschutzpartei	8.838	1,5	5.254	1	3.584	0,5
APPD	216	0	1.881	0,4	-1.665	-0,4
BüSo	788	0,1	1.389	0,3	-601	-0,2
ödp	737	0,1	370	0,1	367	0
PSG	890	0,2	352	0,1	538	0,1
Die PARTEI	5.486	0,9			5.486	0,9
B	427	0,1			427	0,1
BIG	574	0,1			574	0,1
pro Deutschland	8.152	1,4			8.152	1,4
DIE FREIHEIT	6.491	1,1			6.491	1,1
ddp	613	0,1			613	0,1
DKP	2.493	0,4			2.493	0,4
Konservative	850	0,1			850	0,1
FAMILIE	1.421	0,2			1.421	0,2
PIRATEN	59.529	10,1			59.529	10,1
UNABHÄNGIGE	829	0,1			829	0,1

**Tabelle: Vorläufiges Endergebnis / Zweitstimmen bei der AGH – Berlin West**

Merkmal	AGH-Wahl 2011		AGH-Wahl 2006		Differenz	
	Absolut	in %	Absolut	in %	Absolut	in %- Punkten
Wahlberechtigte	1.435.197	X	1.413.129	X	22.068	X
Wähler	889.091	61,9	862.821	61,1	26.270	0,8
Gültige Stimmen	872.351	98,3	843.384	97,9	28.967	0,4
Ungültige Stimmen	14.950	1,7	18.021	2,1	-3.071	-0,4
SPD	243.939	28	264.988	31,4	-21.049	-3,4
CDU	257.774	29,5	233.415	27,7	24.359	1,8
GRÜNE	177.529	20,4	124.899	14,8	52.630	5,6
DIE LINKE	37.761	4,3	35.200	4,2	2.561	0,1
FDP	19.724	2,3	78.642	9,3	-58.918	-7
NPD	13.990	1,6	13.921	1,7	69	-0,1
Tierschutzpartei	12.774	1,5	6.453	0,8	6.321	0,7
APPD	185	0	1.595	0,2	-1.410	-0,2
BüSo	898	0,1	946	0,1	-48	0
ödp	1.195	0,1	616	0,1	579	0
PSG	797	0,1	213	0	584	0,1
Die PARTEI	7.360	0,8			7.360	0,8
B	244	0			244	0
BIG	7.434	0,9			7.434	0,9
pro Deutschland	9.677	1,1			9.677	1,1
DIE FREIHEIT	7.528	0,9			7.528	0,9
ddp	671	0,1			671	0,1
DKP	1.121	0,1			1.121	0,1
Konservative	1.484	0,2			1.484	0,2
FAMILIE	0	0			0	0
PIRATEN	70.266	8,1			70.266	8,1
UNABHÄNGIGE	0	0			0	0



**Tabelle: Ergebnisse von Bundestags- und AGH-Wahlen in Berlin – Hier: Berlin-Ost**

Berlin	BT 1998	AH 1999	AH 2001	BT 2002	BT 2005	AH 2006	BT 2009	AH 2011
Wahlberechtigte	2.442.929	2.414.493	2.417.574	2.442.795	2.438.902	2.425.480	2.471.665	2.469.702
Nichtwähler	462.412	832.086	771.901	546.479	551.505	1.017.726	718.826	983.086
Wähler	1.980.517	1.582.407	1.645.673	1.896.316	1.887.397	1.407.754	1.752.839	1.486.616
Ungültige Stimmen	22.558	18.831	22.335	24.183	30.761	30.399	29.434	29.434
Gültige Stimmen	1.957.959	1.563.576	1.623.338	1.872.133	1.856.636	1.377.355	1.723.405	1.460.012
SPD	740.915	349.731	481.772	685.170	637.674	424.054	348.082	413.124
CDU	463.438	637.311	385.692	484.017	408.715	294.026	393.180	340.992
Grüne	221.849	155.322	148.066	274.008	254.546	180.865	299.535	256.940
FDP	95.403	34.280	160.953	124.004	152.157	104.584	198.516	26.916
PDS/LINKE	263.337	276.869	366.292	212.642	303.630	185.185	348.661	170.829
Rep	46.542	41.814	21.836	12.768	9.947	11.922	5.921	
NPD	7.897	13.038	15.110	11.260	29.070	35.229	27.799	31.243
Piraten							58.062	129.795
Sonstige	118.578	55.211	43.617	68.264	60.897	141.490	43.649	90.173
Wahlbeteiligung	81,1%	65,5%	68,1%	77,6%	77,4%	58,0%	70,9%	60,2%
Gültige Stimmen	80,1%	64,8%	67,1%	76,6%	76,1%	56,8%	69,7%	59,1%
Verteilung der gültigen Stimmen								
SPD	37,8%	22,4%	29,7%	36,6%	34,3%	30,8%	20,2%	28,3%
CDU	23,7%	40,8%	23,8%	25,9%	22,0%	21,3%	22,8%	23,4%
Grüne	11,3%	9,9%	9,1%	14,6%	13,7%	13,1%	17,4%	17,6%
FDP	4,9%	2,2%	9,9%	6,6%	8,2%	7,6%	11,5%	1,8%
PDS/LINKE	13,4%	17,7%	22,6%	11,4%	16,4%	13,4%	20,2%	11,7%
Rep	2,4%	2,7%	1,3%	0,7%	0,5%	0,9%	0,3%	0,0%
NPD	0,4%	0,8%	0,9%	0,6%	1,6%	2,6%	1,6%	2,1%
Piraten							3,4%	8,9%
Sonstige	6,1%	3,5%	2,7%	3,6%	3,3%	10,3%	2,5%	6,2%
Anteil der Stimmen an Wahlberechtigten								
SPD	30,3%	14,5%	19,9%	28,0%	26,1%	17,5%	14,1%	16,7%
CDU	19,0%	26,4%	16,0%	19,8%	16,8%	12,1%	15,9%	13,8%
Grüne	9,1%	6,4%	6,1%	11,2%	10,4%	7,5%	12,1%	10,4%
FDP	3,9%	1,4%	6,7%	5,1%	6,2%	4,3%	8,0%	1,1%
PDS/LINKE	10,8%	11,5%	15,2%	8,7%	12,4%	7,6%	14,1%	6,9%
Rep	1,9%	1,7%	0,9%	0,5%	0,4%	0,5%	0,2%	0,0%
NPD	0,3%	0,5%	0,6%	0,5%	1,2%	1,5%	1,1%	1,3%
Piraten	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	2,3%	5,3%
Sonstige	4,9%	2,3%	1,8%	2,8%	2,5%	5,8%	1,8%	3,7%

**Tabelle: Ergebnisse von Bundestags- und AGH-Wahlen in Berlin – Hier: Berlin-Ost**

Berlin Ost	BT 1998	AH 1999	AH 2001	BT 2002	BT 2005	AH 2006	BT 2009	AH 2011
Wahlberechtigte	970.925	963.869	980.013	994.978	1.011.772	1.012.367	1.038.460	1.034.505
Wähler/-innen	777.771	602.689	631.025	751.381	774.271	545.015	715.616	597.525
Gültige Stimmen	770.629	597.168	624.103	742.361	762.784	533.971	705.096	587.661
SPD	270.680	106.505	144.990	288.738	266.496	159.066	127.857	169.185
CDU	113.120	160.742	77.694	118.319	103.916	60.611	118.424	83.218
GRÜNE	61.017	38.480	36.828	78.301	82.980	55.996	100.259	79.411
FDP	16.160	6.749	32.772	33.892	40.544	25.942	54.285	7.192
Die Linke/PDS	230.862	235.890	297.251	182.268	225.063	149.985	238.238	133.068
REP	20.324	16.869	7.528	5.143	3.239	4.113	2.117	
NPD	5.883	9.421	10.152	7.916	17.350	21.308	15.577	17.253
Piraten							28.861	59.529
Sonstige	52.583	22.512	16.888	27.784	23.196	56.950	19.478	38.805
dar. WASG						17.707		
Wahlbeteiligung	80,1%	62,5%	64,4%	75,5%	76,5%	53,8%	68,9%	57,8%
Gültige Stimmen	79,4%	62,0%	63,7%	74,6%	75,4%	52,7%	67,9%	56,8%
Verteilung der gültigen Stimmen								
SPD	35,1%	17,8%	23,2%	38,9%	34,9%	29,8%	18,1%	28,8%
CDU	14,7%	26,9%	12,4%	15,9%	13,6%	11,4%	16,8%	14,2%
Grüne	7,9%	6,4%	5,9%	10,5%	10,9%	10,5%	14,2%	13,5%
FDP	2,1%	1,1%	5,3%	4,6%	5,3%	4,9%	7,7%	1,2%
PDS/LINKE	30,0%	39,5%	47,6%	24,6%	29,5%	28,1%	33,8%	22,6%
Rep	2,6%	2,8%	1,2%	0,7%	0,4%	0,8%	0,3%	0,0%
NPD	0,8%	1,6%	1,6%	1,1%	2,3%	4,0%	2,2%	2,9%
Piraten	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	4,1%	10,1%
Sonstige	6,8%	3,8%	2,7%	3,7%	3,0%	10,7%	2,8%	6,6%
Anteil der Stimmen an Wahlberechtigten								
SPD	27,9%	11,0%	14,8%	29,0%	26,3%	15,7%	12,3%	16,4%
CDU	11,7%	16,7%	7,9%	11,9%	10,3%	6,0%	11,4%	8,0%
Grüne	6,3%	4,0%	3,8%	7,9%	8,2%	5,5%	9,7%	7,7%
FDP	1,7%	0,7%	3,3%	3,4%	4,0%	2,6%	5,2%	0,7%
PDS/LINKE	23,8%	24,5%	30,3%	18,3%	22,2%	14,8%	22,9%	12,9%
Rep	2,1%	1,8%	0,8%	0,5%	0,3%	0,4%	0,2%	0,0%
NPD	0,6%	1,0%	1,0%	0,8%	1,7%	2,1%	1,5%	1,7%
Piraten	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	2,8%	5,8%
Sonstige	5,4%	2,3%	1,7%	2,8%	2,3%	5,6%	1,9%	3,8%

**Tabelle: Ergebnisse von Bundestags- und AGH-Wahlen in Berlin – Hier: Berlin-West**

Berlin West	BT 1998	AH 1999	AH 2001	BT 2002	BT 2005	AH 2006	BT 2009	AH 2011
Wahlberechtigte	1.472.004	1.450.624	1.437.561	1.447.817	1.427.074	1.413.113	1.433.205	1.435.197
Wähler/-innen	1.202.746	979.718	1.014.648	1.144.935	1.113.355	862.739	1.037.223	889.091
Gültige Stimmen	1.187.330	966.408	999.235	1.129.772	1.093.225	843.384	1.018.309	872.351
SPD	470.235	243.226	336.782	396.432	371.262	264.988	220.225	243.939
CDU	350.318	476.569	307.998	365.698	304.893	233.415	274.756	257.774
GRÜNE	160.832	116.842	111.238	195.707	171.333	124.899	199.276	177.529
FDP	79.243	27.531	128.181	90.112	111.348	78.642	144.231	19.274
Die Linke/PDS	32.475	40.979	69.041	30.374	78.552	35.200	110.423	37.621
REP	26.218	24.945	14.308	7.625	6.713	7.809	3.804	
NPD	2.014	3.617	4.958	3.344	11.631	13.921	12.222	12.990
Piraten							29.201	70.266
Sonstige	65.995	32.699	26.729	40.480	37.493	84.510	24.171	52.958
dar. WASG						22.797		
Wahlbeteiligung	81,7%	67,5%	70,6%	79,1%	78,0%	61,1%	72,4%	61,9%
Gültige Stimmen	80,7%	66,6%	69,5%	78,0%	76,6%	59,7%	71,1%	60,8%
Verteilung der gültigen Stimmen								
SPD	39,6%	25,2%	33,7%	35,1%	34,0%	31,4%	21,6%	28,0%
CDU	29,5%	49,3%	30,8%	32,4%	27,9%	27,7%	27,0%	29,5%
Grüne	13,5%	12,1%	11,1%	17,3%	15,7%	14,8%	19,6%	20,4%
FDP	6,7%	2,8%	12,8%	8,0%	10,2%	9,3%	14,2%	2,2%
PDS/LINKE	2,7%	4,2%	6,9%	2,7%	7,2%	4,2%	10,8%	4,3%
Rep	2,2%	2,6%	1,4%	0,7%	0,6%	0,9%	0,4%	0,0%
NPD	0,2%	0,4%	0,5%	0,3%	1,1%	1,7%	1,2%	1,5%
Piraten	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	2,9%	8,1%
Sonstige	5,6%	3,4%	2,7%	3,6%	3,4%	10,0%	2,4%	6,1%
Anteil der Stimmen an Wahlberechtigten								
SPD	31,9%	16,8%	23,4%	27,4%	26,0%	18,8%	15,4%	17,0%
CDU	23,8%	32,9%	21,4%	25,3%	21,4%	16,5%	19,2%	18,0%
Grüne	10,9%	8,1%	7,7%	13,5%	12,0%	8,8%	13,9%	12,4%
FDP	5,4%	1,9%	8,9%	6,2%	7,8%	5,6%	10,1%	1,3%
PDS/LINKE	2,2%	2,8%	4,8%	2,1%	5,5%	2,5%	7,7%	2,6%
Rep	1,8%	1,7%	1,0%	0,5%	0,5%	0,6%	0,3%	0,0%
NPD	0,1%	0,2%	0,3%	0,2%	0,8%	1,0%	0,9%	0,9%
Piraten	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	2,0%	4,9%
Sonstige	4,5%	2,3%	1,9%	2,8%	2,6%	6,0%	1,7%	3,7%

## **Wahlnachtberichte / Die Autoren / Vorbehalt**

### Zu den »Wahlnachtberichten«

Die »Wahlnachtberichte« sind ein Projekt von Benjamin-Immanuel Hoff und Horst Kahrs. Sie erscheinen seit der Europawahl 2004 jeweils zu den Landtags-, Bundestags- und Europawahlen.

Die »Wahlnachtberichte« erscheinen nicht im Auftrag einer Partei oder Stiftung oder parteilichen Strömung. Beide Autoren geben in den »Wahlnachtberichten« ausschließlich ihre persönliche Meinung wieder. Für Veranstaltungen stehen beide zur Verfügung.

### Die »Wahlnachtberichte« und linke Wahlanalysen im Netz

Die Autoren der Wahlnachtberichte stellen diese Bewertung der Wahlen sowie weitere Texte zu Wahlen, Wahlkämpfen u.a. in ihrem Blog zur Verfügung:

**<http://wahlanalysen.wordpress.com>.**

Die Wahlanalysen können zudem unter [www.benjamin-hoff.de](http://www.benjamin-hoff.de) abgerufen werden.

### Zu den Autoren

*Prof. Dr. Benjamin-Immanuel Hoff* ist Sozialwissenschaftler und Honorarprofessor an der Alice-Salomon-Hochschule Berlin. Er lebt in Berlin.

*Horst Kahrs* ist Sozialwissenschaftler und Publizist. Er lebt in Berlin.

### Vorbehalt

Diese Analyse entstand in der Wahlnacht vom 18./19. September 2011 und basiert auf den zu diesem Zeitpunkt eigenen Erkenntnissen, der öffentlich-zugänglichen Daten von Wahlforschungsinstituten sowie einschlägigen Medien- bzw. wissenschaftlichen Publikationen.

Die dort entnommenen Daten können Mängel aufweisen, die bei der Übertragung nicht als solche erkannt werden. Darüber hinaus können Datenfehler bei der Erarbeitung dieser Analyse selbst entstehen.

Die Darstellung und die gezogenen Schlüsse stehen unter diesem Vorbehalt.

\* \* \*